

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

88 (16.4.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
65 P.; am Postkassette 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Innere Wehrpflicht.

Aus München schreibt uns unser E.-Mitarbeiter:
Die preußisch-bayerische Eisenbahngemeinschaft ist endlich
herbeigeführt, und ein Eisenbahnminister ist deshalb jetzt
zum mindesten überflüssig. Was frühere Regierungen
nicht gewagt haben und flugweise gar nicht tun wollten,
hat das Ministerium Fertling jetzt durchgeführt. Genau
nach preußischem Muster wird jetzt unter gewalttätiger Auf-
hebung des wichtigsten deutschen Grundrechts, der Koalitions-
freiheit, nicht nur der Beamte, sondern auch der in
Staatsbetrieben beschäftigte Arbeiter außerhalb der staats-
bürgerlichen Rechte gestellt; er wird zum Staatsknecht,
zum Zuchtshausler entmündigt und enteignet.

Der bayerische Eisenbahnminister stellt von nun an keinen
Arbeiter mehr ein, der nicht zuvor einen Revers un-
terzeichnet hat, in dem er versichert, weder dem
Süddeutschen Eisenbahnerverband noch einer freien Ge-
werkschaft anzugehören. Ebenso wird kein Arbeiter zu
einer etatmäßigen Stellung zugelassen, der von seinem
Koalitionsrecht den ihm gutstehenden gesetzlichen Ge-
brauch macht.

Damit ist die langjährige Forderung der preußischen
Regierung und des, zum Werkzeug feudalen Scharfmacher-
tums geduldeten Zentrums nach jahrelangen Kämpfen
erfüllt. Auch jetzt wird dieses Vorgehen wieder begründet
mit der Streikgefahr, mit dem Anspruch der Mitglieder
des Süddeutschen Verbandes, das Koalitionsrecht unein-
geschränkt auch für die Eisenbahner zu behaupten, be-
gründet.

Herr v. Seidlein schwört nach, was seine preußi-
schen Ministerkollegen schon unzähligmale behauptet
haben: die Eisenbahner hätten gesetzlich kein Koalitions-
recht, weil sie der Gewerbeordnung nicht unterlägen.
Die Berufung auf den § 6 der Gewerbeordnung, die in
diesem immer wiederholten Verbrechen, einen krassen
Rechtsbruch rechtlich zu begründen, eine
große Rolle spielt, wird nur dadurch möglich, daß der
Wortlaut des § 6, einer längst verfallenen Reine aus der
alten Gewerbeordnung, niemandem mehr bewußt ist. Der
§ 6 nimmt die Eisenbahner ebenso wenig von dem Koalitions-
recht aus, wie durch die §§ 152 und 153 das Koalitions-
recht überhaupt begründet ist. Nicht nur der § 153
sondern auch der § 152 begründen das Koalitionsrecht;
vielmehr bestimmen beide Paragraphen Ausnahme-
gesetze gegen das Koalitionsrecht; § 153 indem
er Handlungen, die bei Ausübung des Koalitions-
rechts vorkommen können, unter Strafe stellt, obwohl sie
sonst nicht strafbar sind; § 152 indem er zwar bestehende
Koalitionsverbote und Koalitionsstrafen aufhebt, da-
für aber die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften ausdrück-
lich beseitigt. Wenn also die Gewerbeordnung überhaupt
nicht das Koalitionsrecht begründet, sondern es vielmehr
einschränkt, so kann es auch ganz gleichgültig sein, ob die
Eisenbahner unter die Gewerbeordnung fallen oder nicht.
Im Gegenteil, die Eisenbahner würden in dem Falle, daß
sie nicht der Gewerbeordnung unterliegen, mehr Koalitions-
recht haben als die andern Arbeiter, da sie dann den
Beschränkungen der §§ 152 und 153 entzogen sind.
Ebenso ist die in der Gewerbeordnung vorgegebene Auf-
hebung von Koalitionsverboten und -Strafen für die
Eisenbahner bedeutungslos, da für sie vor der Schaffung
der deutschen Gewerbeordnung weder in Bayern noch in
Preußen derlei Verbote und Strafen bestanden haben, mit-
hin auch nichts aufzuheben war.

Ein Blick in den § 6 der Gewerbeordnung aber beweist,
daß es nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein kann,
die in ihm ganz oder teilweise von der Gewerbeordnung
ausgenommenen Person auch von den §§ 152, 153, ge-
schweige vom Koalitionsrecht auszuschließen. § 6 der Ge-
werbeordnung lautet nämlich: „Das gegenwärtige Gesetz
findet keine Anwendung auf die Fischerei, die Errichtung
und Verlegung von Apotheken, die Erziehung von Kin-
dern gegen Entgelt, das Unterrichtswesen, die advokati-
sche und Notariatspraxis, den Gewerbebetrieb der Aus-
wanderungsunternehmer und der Eisenbahnunternehmungen,
die Befugnis zum Halten öffentlicher Fährten und die
Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften auf den See-
schiffen; auch das Vergewinnen, die Ausübung der Heilkunde,
den Verkauf von Arzneimitteln, den Vertrieb von Lotte-
riolos und die Viehzucht findet das gegenwärtige Gesetz
nur insoweit Anwendung, als dasselbe ausdrückliche Be-
stimmungen darüber enthält.“ Schon die besondere Er-
wähnung der „Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften
auf den Seeschiffen“ zeigt, daß im übrigen nur die Rege-
lung des Gewerbebetriebs aber nicht das Arbeitsverhältnis
von den Bestimmungen der Gewerbeordnung ausge-
nommen werden sollte; sonst hätten ja auch z. B. die
Schreiber von Notaren und auch die Bergarbeiter im
Sinne der §§ 152 und 153 kein Koalitionsrecht, da die
Bergarbeiter in diesen beiden Paragraphen nicht aus-
drücklich erwähnt sind.

Indessen, das Koalitionsrecht beruht überhaupt
nicht auf der Gewerbeordnung, sondern ist jetzt
durch das Reichsvereinsgesetz ausnahmslos
und vorbehaltlos gesichert. So erklärt denn

auch der Kommentator der Gewerbeordnung, Robert von
Landmann, ein früherer bayerischer Minister, daß
der § 152 der G.O. insofern teilweise veraltet sei, „als
nach § 1 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 jetzt
alle Reichsangehörigen das Recht haben, zu Zwecken, die
den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu
bilden und sich zu verammeln, welches Recht polizeilich
nur den im Reichsvereinsgesetz und andern Reichsgesetzen
enthaltenen Beschränkungen unterliegen soll.“

Jeder Versuch, die Entziehung des Koalitionsrechts für
die Staatsarbeiter als Recht verteidigen zu wollen, ist
damit unmöglich. Die bayerische wie die alte preußische
Verwaltungspraxis ist nichts wie der fortgesetzte Terror
ministerieller Anarchisten, die sich über Recht und Gesetz
hinwegsetzen.

So läßt denn auch das Münchener Zentrum-
blatt, in dem es jubelt, daß nunmehr von der Theorie
zur Praxis übergegangen sei, alles Gerede von Recht, Ge-
setz, Streikgefahr beiseite und proklamiert einfach das
Standrecht über jede dem Zentrum verhasste politische
soziale wirtschaftliche Bewegung, es verlinket die Befugnis
der Regierung ohne jedes Ausnahmegesetz, die An-
hänger bestimmter politischer und sozialer Ueberzeugungen
außerhalb des Gesetzes zu stellen. Diese Proklamations des
Unsturzes wird wie folgt begründet:

„Weber die sachliche Berechtigung des Vorgehens der Re-
gierung ist weiter kein Wort zu verlieren. Der Staat, der
mit seinem Gelde seine Todsünde großzügig, sie in alle seine
Lebensorgane hineinwachsen läßt, hat es nur selbst verschul-
det, wenn seine Existenz bedroht wird. Der Raum, auf dem
sich ungehindert Schmarotzer festsetzen können, wird zugrunde
gehen, wenn dem Schädlings Zeit gelassen wird, seine Wur-
zeln ins Mark des Volkes zu schlagen. Das ist keine Scharf-
macherei, sondern die einfache Ueberlegung des gesunden
Hausverstandes, wie sie durch die Erfahrungen von jeder be-
stätigt wird. Die widerwärtige Schlingenspielfahrt, der nicht Zeit
gelassen wird, den gesunden Organismus zu erschöpfen, wird
sich allerdings aufs bestmögliche verhalten, wenn sie ausge-
schnitten wird, aber das ändert nichts an der Logik der Tat-
sache.“

Mit solcher Bilderprache hat einst, in den Kultur-
kampfszeiten, der ausnahmsgegliederte Versuch, die ultramon-
tane Schmarotzerpflanze auszurotten, seine Rechtfertigung
unternommen; immerhin wagte ein Bismarck noch
nicht, was jetzt die entarteten Nachkommen der
Windhorst und Reichensperger als gesunden
Gausserhand proklamieren, daß es irgend einem ver-
brecherischen oder unzurechnungsfähigen Minister gestattet
sei, ohne jede gesetzliche Grundlage, Recht und Gesetz
aufzuheben. Ganz abgesehen von dem unergründ-
lichen Aberwitz mit dieser Propaganda der Lat eine Be-
wegung ausrotten zu wollen, in der die Hälfte des deut-
schen Volkes alles Heil der Welt erkannt hat. Diese
Schlingenspielfahrt ist eine wertvolle Offenherzigkeit,
in einer Zeit, wo man über die B. Erfolgung der
armen Jesuiten Krosobilstränen hektoliterweise ver-
gießt. Uebrigens ist der „Bayerische Kurier“ mit dem
Seidleinschen Rechtsbrecher noch nicht einmal zu-
frieden. Er findet es unmöglich, daß auf die Dauer
zweierlei Kategorien im Personal nebeneinander bestehen
können: solche mit ererbter Berechtigung der Zugehörig-
keit zum sozialdemokratischen Verband und eine solche, der
dies absolut verboten sei. Und das Zentrumblatt vertritt
wohl bereits das weitere Vorgehen seines ministeriellen
Freundes, wenn es in dieser Regelung nur einen
Uebergang, eine „Art von Normaljahr“, erkennen
will; man wolle den bisherigen Mitgliedern in den
Staatsbetrieben Zeit lassen, ihre finanziellen Ansprüche
an den Verband zu regeln, das heißt, „freiwillig“ auszu-
scheiden. Uebers Jahr wird man demnach wohl wieder
lesen, daß der Verkehrsminister zugewartet habe, ob sich
das Verhalten des Verbandes nicht ändere; da dies nicht
der Fall gewesen sei, werde nunmehr jede Zugehörigkeit
zu dem Süddeutschen verboten. Uns Sozialdemokraten,
die wir noch nicht bis zur Theorie und Praxis der völligen
Rechtsaufhebung vorgedrungen sind, wie sie Zentrums-
minister und Zentrumsorgane verüben und betreiben,
liegt es nun ob, das Reichsrecht gegen die gesetzlose Will-
für ministerieller Anarchisten in den Einzelstaaten wirk-
sam zu schützen.

Wir leben ja in dem stolzen Erinnerungsjahr, da man
die allgemeine Wehrpflicht nunmehr durchführen will.
Aber uns Freiheitskämpfern von 1913 ist es ebenso ernst
wie den wirklichen Freiheitskämpfern von 1813 um die
Wehrpflicht des Volkes gegen alle Feinde freier Entwid-
lung. Und da uns heute kein fremder Unterdrücker be-
droht, sondern nur die angestammte Unterdrückung
der Ritter und Heiligen, so ist die Durchführung
der inneren Wehrpflicht der Nation die dringendste
Aufgabe, die allen Militärvorlagen vorauszugehen hat.
Eine Nation, die es sich gefallen ließe, freiwillig feig auf
seine Grundrechte zu verzichten, wird auch dem
Ansturm jedes fremden Feindes sofort unterliegen. Und
wenn man das ganze deutsche Volk in die Kasernen ein-
sperrn würde und es wüßte nicht seine innere Frei-
heit zu behaupten, so würde es in jedem Kriege mit
Nationen unterliegen, die Freiheiten zu verteidigen haben,
die ganzen Rüstungsmilliarden wären also, auch im Sinne

unserer Herrschenden, durchaus überflüssig, man könnte sie
lieber für die Aufbesserung der Fürstengehälter ver-
wenden.

Dem Reichstag liegt die unausschiebbare Aufgabe ob,
dafür zu sorgen, daß die Einbrüche einzelstaatlicher Mini-
ster in das durch das Reichsvereinsgesetz gewährleistete
Koalitionsrecht für immer verhindert werden. Es bedarf
dazu gar keiner Reichsreferution. Man gebe dem Reichs-
vereinsgesetz eine zwingende Fassung, die jeden Zweifel
ausschließt und füge zugleich Strafbestimmungen hinzu,
die jedes staatliche Organ, jeden Minister mit hohen Frei-
heitsstrafen bedroht, der sich herausnimmt, das Reichs-
recht zu brechen.

Das ist die nationale Wehrfrage und Wehrpflicht!

Aus dem württembergischen Landtag.

Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung
wurde am Samstag in der zweiten Kammer getroffen.
Im vorigen Jahre (vor den Wahlen) hatte sich die Kam-
mer mit ganz knapper Mehrheit für das Prinzip der
Ausbringung aller Volksschulkosten durch
den Staat entschieden. Neben dem Zentrum, das
von einer derartigen Reform eine Beschränkung des geist-
lichen Einflusses in der Volksschule befürchtete, stimmten
auch die Bauernbündler dagegen, obgleich sie vor den Wäh-
lern im Lande stets über die stark wachsenden Gemein-
lasten lamentieren. Im neuen Landtag, in dem bekann-
lich die schwarz-blaue Rechte genau auf die Hälfte der Ge-
samtmittelgliederzahl angewachsen ist, sollte nun die erste
Gelegenheit benutzt werden, um jenen Beschluß unzu-
fassen. Diese Gelegenheit schien gekommen bei einer kleinen
Regierungsvorlage, die die Erhöhung der diätarisch
verwendeten Volks- und höheren Lehrkräfte und den
mittleren und größeren Gemeinden einen Teil der Wehr-
kosten aufbürden will. In Konsequenz des erwähnten Be-
schlusses erklärten sich die Sozialdemokraten und die Volks-
partei gegen jede Mehrbelastung der Gemeinden sowohl
für Volks- als für höhere Schulen. Die Nationalliberalen
stimmten bezüglich der höheren Schulen mit der Rechten,
trotzdem die Gemeinden nun ein Viertel des entstehenden
Mehraufwands tragen müssen. In Sachen der Volks-
schulen schlugen sich die Nationalliberalen zur Abwech-
slung nach links, und selbst einige Bündler getrauten sich
nicht mehr, sich dem Verlangen der Gemeinden nach Schö-
nung vor den Schullasten zu widersetzen. Der Antrag auf
Streichung jeder Beitragspflicht der Ge-
meinden zu den erhöhten Lehrbezügen wurde mit 48
gegen 40 Stimmen angenommen. Der jahrelange
Kampf der Sozialdemokratie für die Uebernahme der
Volksschullasten auf den Staat hat also den ersten prak-
tischen Erfolg zu verzeichnen.

Die erwähnte Erhöhung der Tagelöhner der unständigen
Volksschullehrer wirkt übrigens ein Licht auf die Ein-
schätzung, die den staatlich angestellten Jugendbildnern
widerfährt. Der junge Lehramtskandidat soll künftig bei
seiner ersten Verwendung einen Tagelohn von 3,40 Mark
(bisher 3 Mark) bekommen, steigend bis zu 5 Mk., woran
sich dann die Gehaltsstufen anschließen. Dabei sind die Tage-
gelöhne in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders die „allgemeine Erhöhung der Offent-
lichkeit“ in Württemberg noch lange nicht die schlechtesten.
Vor allem in Preußen werden noch erheblich niedrigere
Beträge gewährt. Ein sozialdemokratischer An-
trag, der den Mindesttag nur um 10 Pf. erhöhen wollte,
wurde von allen bürgerlichen Parteien ab-
gelehnt, weil er in seiner Gesamtwirkung eine Mehr-
ausgabe von 40 000 Mk. erfordern könnte. Das war an
demselben Tage, an dem die Regierung die Offent-
lichkeit überraschte mit dem Gegenteilmass, der die Zwi-
liste des Königs von rund 2 150 000 Mk. auf 2 500 000 Mk.
zu erhöhen bestimmt ist. Neben den Mehrausgaben für
Gehälter im Hofdienst, Hof- und Theater-Pensionen wird
besonders

Der König macht also kein schlechtes Geschäft. Seit zehn Jahren kostet es stets große Mühe, den württembergischen Staat ins Gleichgewicht zu bringen. Man hat den Fahrpreis der 4. Eisenbahnklasse erhöht, Steuerzuschläge aller Art erhoben, Sporteln und Stempel der drückendsten Art eingeführt und selbst der preussischen Klassenlotterie in Württemberg Heimatrecht gewährt. Trotz alledem schließt der Staatendat für 1913 und 1914 gerade noch knapp ohne Defizit ab. Das hindert die Regierung nicht, dem Landtag eine Erhöhung der Zivilliste um 350 000 Mark zuzumuten. Schon jetzt steht fest, daß alle bürgerlichen Parteien der Forderung zustimmen werden. Unserer Fraktion ist die dankbare Aufgabe gestellt, den mancherlei Empfindungen Ausdruck zu verleihen, die durch diese Vorlage in den breitesten Volksmassen geweckt werden.

Nancy und Magdeburg.

Nach Blättermeldungen sollen am vergangenen Sonntag mehrere Deutsche in Nancy von dem Böbel, der sie für Offiziere in Zivil hielt, gräßlich beschimpft und sogar mißhandelt worden sein. Man wird abwarten müssen, ob sich diese Angaben bestätigen. Verhält sich alles so, wie es eine in Nancy erscheinende deutsche Zeitung behauptet, so sind wir die letzten, die die Ausschreitungen eines Fanthegels, dessen Patriotismus offenbar durch reichlich genossenen Alkohol zur Siedehitze gebracht worden war, nicht aufs schärfste verurteilen und aufs lebhafteste bedauern. Aber so geht es eben: wenn die Regierungen und die verantwortlichen Politiker das Kriegsgeistes an die Wand malen, und an die vaterländischen Gefühle appellieren, um die nötige Stimmung für die Verhärterung der Rüstungen zu erzeugen, dann reagiert auf allen Seiten der chauvinistisch verheißene Mob mit Spektakel und mit Liebergriffen gegen Vertreter der fremden Nation. Seine Begeisterung für das Vaterland entläßt sich in Schimpfreden gegen den Erbfeind, und dort, wo die Lieberzeugung, in der Liebermacht zu sein, sich mit dem Mute paart, den ein mehr oder weniger guter Tropfen erweckt, schreit man auch zu "Taten".

Was sich nun auch immer auf dem Bahnhof zu Nancy zugezogen hat, jedenfalls wird die deutsche Nationalistenpresse jetzt den Versuch machen, durch eine möglichst starke Aufschaukelung dieser Geschehnisse das Magdeburger Polizeigewalt, das sich an demselben Sonntag abspielte, in Vergessenheit zu bringen. Und dem muß von vornherein energisch entgegengetreten werden. In Nancy hat sich der Böbel an ein paar Personen vergangen, in Magdeburg hat eine preussische Behörde die Vernunft verweigert und den preussischen Staat wieder einmal dem Spott und der Berachtung der Kulturwelt preisgegeben. Ein Franzose kommt nach Deutschland, um davon Zeugnis abzulegen, daß es draußen wie bei uns nur ein ganz verdammt kleiner Bruchteil der Bevölkerung ist, der mit dem Gedanken eines Krieges sympathisiert. Die Polizei verbietet ihm das Reden. Mehr als das, sie verbietet ihm, auch nur als stummer Zuhörer an den Versammlungen zu erscheinen. Die Behörde will eine französische Stimme der Vernunft in Deutschland nicht zu Gehör kommen lassen. Sie will nach Möglichkeit verhindern, daß der künstlich erweckte Eindruck, als ob durch ganz Frankreich der Ruf gelle: à Berlin, verwischt werde. Wahrscheinlich wäre es ihr angenehmer, wenn einer der Straßenhelden von Nancy käme, um in Preußen seine politischen Ansichten zu entwickeln. Auf ihn könnte sich dann die Regierung des Herrn v. Bethmann als auf einen Kronzeugen berufen.

Der Fall ist so beschämend, daß auch die bürgerliche Presse mit einer scharfen Kritik an der Leistung des Magdeburger Polizeipräsidenten v. Allen nicht zurückhalten dürfte. Aber mit der einzigen Ausnahme des „Berliner Tageblatts“ scheint niemand in diesem Lager das Unwürdige der Situation zu empfinden.

Deutsche Politik.

Konservative Wünsche zur Wehr- und Deckungsvorlage. In einem fast die ganze Seite füllenden Artikel beschäftigt sich die „Kreuzzeitung“ mit der ersten Lesung der Wehr- und Deckungsvorlage in der letzten Woche. Der Zweck des Artikels besteht in der Hauptsache in der Aufzählung der bürgerlichen Parteien, die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag völlig zu isolieren. Bei einigermaßen gutem Willen des Fortschritts müßte es gelingen, die Sozialdemokratie bei der Verabschiedung der Wehrvorlage völlig zu isolieren, und auch in der Deckungsfrage sei es gar nicht schwer, dasselbe zu erreichen, wenn nur die liberalen Parteien sich nicht auf eine Reichsbermögungs- und Erbschaftsteuer kapitulieren wollten. Es sei dem Reichskanzler nicht doch genug anzurechnen, daß er noch im letzten Augenblick den populären Wünschen nach Erbschafts- und Reichsbermögungssteuer

Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Wöhrl.

17

(Fortsetzung.)

Drei Tage später standen wir im Mailänder Bahnhof und herabschlagten, wo wir hinwollten. Wir einigten uns auf Genua. Dort gingen wir auf ein Feuerbüro; fünf Tage später unterzeichneten wir einen Vertrag und verpflichteten uns, eine dreimonatige Reise als Trimmer auf einem Mittelmeerdampfer des Lloyd Italiano mitzumachen.

Zwei Stunden, nachdem wir an Bord waren, stach der eiserne Käfen in See. Bald begann unsere Arbeit. Wir mußten im Kohlenbunker Kohle in kleine Lori laden und in den Feigraum hinunterschütten. Tiller, der diese Arbeit schon von früher her gewohnt war, machte sich nichts daraus. Ich aber erschrak fast vor Hitze und Staub. Neben und unter uns rasselten die Maschinen. Wir spürten jeden Kolbenhagel als eine Zudung. Ta-ta, ta-ta, Sekunde für Sekunde, Tag und Nacht ertönte dieses Geräusch. Die vier Kessel strömten eine unheimliche Wärme aus. Trotzdem ich jedes entbehrliche Kleidungsstück ausgezogen hatte und nur in den Hosen stand, rann mir der saure Schweiß den ganzen Körper herunter. Ich war nicht gewohnt, mit der Schaufel zu hantieren und hatte bald beide Hände voller Blasen. Daher brachte ich nichts mehr vor mich. Das regte den Obertrimmer auf, in einem fort brüllte er, ich solle mehr schaffen. Wenn nicht Tiller abgemehrt hätte, hätte ich ihn niedergeschlagen. Nach vier Arbeitsstunden war eine achtstündige Pause, dann ging die Arbeit weiter. Räum das wir wuschten, ob Tag oder Nacht sei. Waren wir fertig, so wuschten wir uns, krochen in die Verschläge und schliefen. Als uns in der Kantine Kredit eingeräumt wurde, hatten wir bald mehr Schulden, als der Monatslohn ausmachte. Doch das kümmerte uns wenig.

Das Schiff fuhr verschiedene Häfen an. zuerst Marseille,

entschieden entgegengetreten sei und keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß der Bundesrat solchen Vorschlägen nicht zustimmen werde. Das konservative Blatt sieht in den Wehr- und Deckungsvorlagen geradezu das Mittel, die bürgerlichen Parteien wieder zu einem großen einigen Block gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschmelzen. Trotz des hohen Preises aber denken die Konservativen natürlich nicht daran, ihrerseits in Steuerfragen nachzugeben.

Die Polizeitaten im preussischen Abgeordnetenhaus vor dem Reichsgericht. Endlich ist gegen die Genossen Borchardt und Reinert der Termin vor dem Reichsgericht angesetzt worden, und zwar auf den 23. April 1913, vormittags 9 Uhr, vor dem 2. Straffenat.

Am 28. September 1912 hat bekanntlich das Landgericht I zu Berlin den Genossen Borchardt zu 100 Mk. und den Genossen Reinert zu 50 Mk. wegen angeblichen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt. Es handelt sich um die Affaire im preussischen Abgeordnetenhaus vom 9. Mai v. J. Damals wurden, wie erinnerlich, auf Geheiß des inzwischen verstorbenen Präsidenten v. Erffa ein Polizeileutnant und vier Schutzleute in das Haus beordert, um den Abg. Borchardt zu entfernen, wobei sie auch handgreiflich gegen Reinert wurden. Trotzdem wurde nicht Anklage erhoben gegen die Polizeibeamten, sondern gegen die beiden Volksvertreter. Schon die Strafkammer hat es sehr schwer gefunden, ihr Urteil zu begründen, und hat dazu nahezu zwei Monate gebraucht. Gleich nach Empfang der Begründung, also Ende November v. J., haben die beiden Bezugsreifen Revision eingelegt. Darüber sind nun volle 5 Monate verstrichen, und jetzt erst ist das Reichsgericht in der Lage, einen Termin zur Verhandlung über die Revision anzusetzen. Es muß sich also die Sache sehr gründlich überlegt haben. Man wird ja sehen, ob dieser gründlichen Vorbereitung auch die Verhandlung und das Urteil entsprechen werden. Auf alle Fälle kommt die Verhandlung gerade noch rechtzeitig, um uns im preussischen Landtagswahlkampf Dienste zu tun.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Montagabend, die Berner Verständigungskonferenz zu beschicken, und erklärte gleichzeitig ihr Einverständnis damit, daß die Konferenz, einem von den Franzosen geäußerten Wunsch entsprechend, auf den 11. Mai verschoben wird. Als Vertreter wurden bestimmt: Haase, Scheidemann, Dr. Frank, Bauer, Silberstein, Fischer-Berlin, Geber, Ledebour, Emmel, Weiß. Erschleute: Mollenhuth, Südekum, Benntzen, Siebel.

Das Zentrum und der General Weninger. Die Oppersdorffsche „Macht und Wahrheit“ bemerkt höflich über die Folgen, die das Auftreten des Generals Weninger angeht der Zentrumspolitik in Bayern haben könnte: „Das Zentrum hat in Bayern die Majorität. Wie wir die Stärke, den Mut, die Entschlossenheit, das diplomatische Geschick, die Unvergänglichkeit, die Unnachgiebigkeit die Majorität kennen, sind wir überzeugt, daß im bayerischen Landtage diefer hohlebrüchliche Anfall mißverhältnißlich assimiliert preussischer Schneidigkeit erdört und gelüht werden wird! Hat jemand hinter uns gelacht? Ich verbitte mir das! Mir ist bitter Ernst!“

Die ersten Zusammenstöße in Neu-Kamerun. Amlich wird gemeldet: Die Abteilung der Neu-Kameruner Grenzexpeditionen, die vom Wesso am Sanga aus in westlicher Richtung nach dem Dschua zu arbeitet, ist bei den dort sitzenden Eingeborenenstämmen der Sanga-Sanga auf ernstliche Schwierigkeiten gestoßen. Die zur Unterdrückung der Expedition von Agarabinsam herbeigerufene 11. Kompanie der Schutztruppe fand bei den Dörfern Kalabeune und Dalong hartnäckigen Widerstand, wobei ein Soldat fiel und mehrere andere verwundet wurden.

Ausland.

Österreich.

Blutige Militärjustiz. Im Herbst des vergangenen Jahres ließen sich tschechische Reservetruppen in Pardubitz, die an die russisch-polnische Grenze geschickt werden sollten, zu panslawistischen Kundgebungen hinreißen, wobei es auch zu einigen Tötungen von Weibern kam. Das militärgerichtliche Verfahren ist nun abgeschlossen, und es wurden nach Verichten der Prager tschechisch-abilitalen Presse 52 Reservisten des 14. Dragonerregiments verurteilt: einer zum Tode (bereits vollstreckt), zwei zu 20, sechs zu 15 Jahren Kerker, die übrigen zu kürzerer Festungshaft.

Holland.

Ein sozialdemokratischer Wahlvorschlag. Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer hat eine Vorlage als Antrag eingereicht, die besagt, daß Wahlgeseh berart abzuändern, daß die Wahlzeit, die jetzt von morgens 8 Uhr bis abends

6 Uhr dauert, bis abends 8 Uhr verlängert wird. Da die Wahlen in Holland, wie in den meisten Ländern mit überwiegend protestantischer Bevölkerung, an Wochentagen abgehalten werden, ist jetzt für viele Arbeiter das Wählen mit einer beträchtlichen Aufopferung an Zeit, d. h. an Lohn, verbunden. Zwar bestimmt das Gesetz, daß jeder Unternehmer seinen wahlberechtigten Arbeitern zwei Stunden während der Wahlzeit freizugeben hat; es versteht sich aber von selbst, daß mancher Arbeiter sich zu abhängig fühlt, um diese zwei Stunden zu fordern. Das Wahlgeseh bezweckt nun, diesem Uebelstande abzuhelfen, indem es die Wahlzeit über die Arbeitszeit hinaus verlängert. In ihrer Begründung hat die Fraktion ausdrücklich hervorgehoben, daß sie die Erledigung der Vorlage auch vor den im Juni stattfindenden Generalwahlen erwartet. Die Einreichung der Vorlage beruht auf einer Anregung des letzten Parteitages.

Vereinigte Staaten.

Gegen die Rüstungen! Während des letzten Kabinettsrates wurde auch die Frage der Verstärkung der amerikanischen Kriegsmarine besprochen. Staatssekretär Bryan antwortete auf eine Rede des Kriegsministers Daniels, der die glänzenden Erfolge der letzten Schießübungen hervorhob, daß er gern zugeben wolle, was der Kriegsminister über die Kriegsschiffe zu sagen habe, aber niemals sein Einverständnis zum Bau neuer Kriegsschiffe geben würde, wenn nicht ein direkter Angriff im Frage käme. Während der nächsten vier Jahre, so sagte Bryan, werde ich die auswärtigen Geschäfte in der Weise führen, daß es nicht nötig sein wird, Kriegsschiffe in Tätigkeit treten zu lassen.

Badische Politik.

Wie lange noch?

Die Zustände in der Generaldirektion unserer Staatseisenbahnen schreien förmlich nach einer gründlichen Reform. Wie bekannt, wurde vor einiger Zeit einer großen Anzahl Techniker — 44 — gekündigt, darunter Leuten, die 10 und mehr Jahre in staatlichen Diensten standen. Jetzt geht durch die Presse die Mitteilung, daß infolge dieser plötzlich erfolgten Kündigungen in vielen Bezirksstellen sich ein Personal-mangel bemerkbar mache, worunter die Arbeiten notleiden. Dagegen die Eisenbahnverwaltung keinbar an der Durchführung ihres Kündigungsprogramms festzuhalten beabsichtigt, und zu diesem Zwecke eine Versammlung der Dienstvorstände unter Leitung des Eisenbahnministers berief, in welcher den Vorständen bedeutet wurde, daß die Organisationsänderungen durchgeführt werden müßten, ist man jetzt doch gezwungen an Stelle der ausgesetzten Techniker neue Kräfte zu engagieren. Es sollen bis jetzt schon 15 bis 20 Hoch- und Tiefbautechniker neu eingestellt werden. Teilweise sind die Beträge schon abgeschlossen.

Da hört sich doch schon Verschiedenes auf. Seit Jahr und Tag weiß jedermann, der die Dinge einigermaßen kennt, daß in dieser Verwaltung der Kopf sehr. Selbst ziemlich untergeordnete Organe führen ein sehr selbstherrliches Regiment. Die Karlsruher Gemeindeverwaltung kann ein Lied von diesen unhaltbaren Zuständen singen. Alle Beschwerden helfen nichts, es wird einfach weitergewürfelt zum Schaden des Volksganges. Die Geschichte unserer Bahnhofskantinen ist spurlos an den verantwortlichen Organen vorübergegangen.

Welch geradezu skandalöser Bürokratismus in dieser Verwaltung eingetrisen ist, dafür nur ein Beispiel aus neuester Zeit. Durch die Verfügung der Generaldirektion wurde angeordnet, daß die Gepäckscheine für das Passagiergut vor der Einlieferung mit einem X versehen werden. In einem dieser an die Revision der Generaldirektion eingelieferten, also gekennzeichneten Pakete dieser Scheine befand sich ein Schein, auf dem das X-Zeichen nicht enthalten war. Daraufhin wurde das ganze Paket an die betreffende Dienststelle zurückgeschickt, damit der eine Schein mit dem X-Zeichen versehen wird und dem betreffenden Beamten eine Klage erteilt. So wird die kostbare Zeit, die Linte, das

Sammelbassin der Region. Hier strömen die Angeworbenen aus allen Gegenden zusammen. Ueber eine Zugbrücke traten wir ein und wurden auf dem Bureau nochmals eingeschrieben. Dann konnten wir uns bis zum Schlafengehen beryügen, wie wir wollten.

Preger gefiel die Sache nicht. Er maunste: „Da haben wir uns eine schöne Sache eingebrockt, 's nimmt mich nur Wunder, wie die ausläuft, zum Ausreißen ist's zu spät!“ Dann ging er in die Kantine und loff sich einen an. Ich aber beschaute mir die neuen Kameraden. Das waren gar unterschiedliche Gesellen. Mancher hatte sicher schon bessere Tage gesehen. Aber die meisten waren wie ich Kunden und mit Ausnahme von zwei Franzosen, einem Italiener und einem Poladen, Deutsche. Preger hatte mit dem Italiener Streitigkeiten bekommen. Dieser sog das Messer und richtete Preger so zu, daß er ins Lazarett überführt werden mußte. Was dort aus ihm geworden ist, weiß ich nicht.

Die Bettstellen waren schmutzig und voller Ungeziefer; an Schlafen war kaum zu denken. Als zum Aufstehen geblasen wurde, sprang alles heraus, beim Kaffeholen wollte keiner der letzte sein. Nachdem dieser getrunken war, mußten wir antreten, jeder bekam Arbeit zugewiesen. Einige mußten den Hof fegen und die Gänge säubern, ich selber kam in die Küche und half Kartoffeln schälen. Zur Mittagzeit blies es. Wieder mußten wir uns gliederweise aufstellen, dann konnten wir Essen fassen. Wer nicht über Gabel und Messer verfügte, war genötigt, mit den Händen zuzugreifen. Das Essen selber war unreinlich. Weil es so schärfich roch, mochten es viele nicht und ipien es aus oder warfen es die Mauer hinunter.

Als fünfzig Mann beieinander waren, wurden wir nach dem Saen geführt und kamen auf einen Transportdampfer, der uns nach Oran brachte. Auch auf dem Schiff hatten wir die zwei Tage hindurch nur schlechtes Essen. Nachts bekamen wir nicht einmal Decken, obwohl es empfindlich kalt war. Als wir einen Deckoffizier um solche angehen, sagte er: „Sajen haben auch keine und müssen doch schlafen

Papier verdrängt und das wegen solch sinnloser lächerlicher Kapalien. In dieser Behörde wimmelt es geradezu von überflüssigen Beamten. Aber das wird nicht anders, bevor nicht einmal gründliche Reorganisationsarbeit an Haupt und Gliedern dieser Verwaltung vorgenommen wird. Es gab eine Zeit — sie liegt noch gar nicht lange zurück —, wo selbst die Revisoren, Rechnungsräte usw. morgens nach 9 Uhr und nachmittags so gegen halb 4 Uhr auf dem Büro erschienen. Im direkten Gegensatz zu der Dpulenz, mit welcher die Generaldirektion mit Beamten versehen ist, stehen die Verhältnisse bei dem Personal des Fahrdienstes. Dort wird gepart, weit mehr als nötig ist.

Eine Gefundung der Zustände ist hier nicht möglich, so lange der größte und volkswirtschaftlich wichtigste Verwaltungsabzweig irgend einem Ministerium — augenblicklich dem ohnehin umfangreichen Finanzministerium — als Anhängsel beigegeben ist. Dem Finanzministerium untersteht neben der eigentlichen Finanzverwaltung noch die Domänenverwaltung. Es ist ganz und gar ausgeschlossen, daß der Finanzminister sich dazu noch in der erforderlichen Weise um die Eisenbahnenverwaltung kümmern kann, zumal er als völliger Neuling auf diesem Gebiete die Verwaltung übernahm. Dazu kommt, daß die Spitze der Generaldirektion als solche völlig verjagt. Das ist im Landtag und zwar von den verschiedensten Parteien wiederholt deutlich genug zum Ausdruck gekommen. Die Spaten pfeifen es überdies von allen Dächern. Ist es da ein Wunder, wenn eine geradezu zügellose Bürochefschaft eingerissen ist, bei der alles drunter und drüber geht? Arbeiten, die in einigen Tagen erledigt sein könnten und im Interesse großer Bevölkerungsschichten erledigt sein müssen, liegen monatelang auf den Büros und kommen trotz verschiedener Beschwerden nicht zur Verabschiedung.

Das sind unhaltbare Zustände, die nicht mehr länger zu ertragen sind. Falls bis zum Wiederzusammentritt des Landtags noch keine Remedur geschaffen ist, dürfte es zu einer Ansprache kommen, die an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Schließlich ist doch das badische Volk nicht dazu da, für die Sünden und Fehler einer derartig verrosteten Staatsverwaltung fortgesetzt finanziell büßen zu müssen. Das Volk kann und muß verlangen, daß die Allgemeinheit den Interessen einzelner Personen vorangestellt werden.

Das militärische Mindestprogramm, welches wir in verschiedenen Artikeln vertreten haben, gibt dem Karlsruher Korrespondenten des „Schwäbischen Merkurs“ zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

Die 5 Bedingungen, unter denen Kolb der Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht zustimmen will, sind derart beschränkt, daß sie hier nicht angeführt werden brauchen, denn Kolb sagt selbst zu ihnen, sie seien bestimmt, dem Militarismus das Rückgrat zu brechen. Sie würden unser Heer in eine Bürgergarde umwandeln und uns gegenüber wohlgerüsteten, 2-3 Jahre eingetübten feindlichen Truppen wehrlos machen.

Der „Merkur“-Korrespondent macht sich die Sache sehr leicht. Von irgendwelcher Sachkenntnis ist aber sein Urteil nicht getrübt. Daß unser Heer bei der in unsern Forderungen vorgezeichneten Verfüzung der Dienstzeit wehrlos gemacht würde, ist eine geradezu absurde Behauptung. Im Balkankrieg bestand der weitaus größte Teil der siegreichen Truppen aus Leuten, die nur einige Wochen militärisch ausgebildet wurden. Bulgarien hat regulär 1 Jahr 8 Monate Dienstzeit. Etwa der fünfte Teil der bulgarischen Armee hatte diese reguläre Dienstzeit durchgemacht, der Rest wurde erst kurz vor dem Krieg und während desselben militärisch ausgebildet. Den Schweizer

Militärtruppen gaben die militärischen Sachverständigen bei den letzten Manövern ein überaus glänzendes Zeugnis, der deutsche Kaiser soll über die Mägen von der militärischen Tüchtigkeit der schweizer Miliz überrascht gewesen sein. General Häusler, der im Reichstag die von uns aufgestellten Forderungen ebenfalls verteidigt hat, versteht von diesen Dingen sicher auch etwas mehr, als der Merkurkorrespondent. Und wie stehts denn um unsere Einjährigen, die nach halbjähriger Dienstzeit schon zum Chargierten abanzieren? Der Einwand des Merkurkorrespondenten ist ein schlagender Beweis für die völlige Unzulänglichkeit der gegen unsere Forderungen ins Feld geführten Gründe.

„Respekt vor diesem Manne.“

Zu der Rede des ehemaligen Generals und jetzigen Zentrumsabgeordneten Häusler schreibt das schwarze „Säckinger Volksblatt“:

„Des Zentrumsabgeordneten Häusler vorgenommene Kritik an unserem Heereswesen war äußerst scharf. Aber die Wählerchaft des Zentrums weiß doch dem mutigen General von H. aufrichtigen Dank, daß er frank und frei das heraus sagte, was sonst längst in aller Offenheit hätte gesagt werden sollen. Respekt vor diesem Manne!“

Jede Zeile dieser Zustimmung zu Häuslers Rede bedeutet für die Zentrumsabgeordneten, die am vorigen Mittwoch ihrem eigenen Fraktionskollegen verlegen schweigend zugehört, eine schallende Ohrfeige. Nicht minder aber auch für die maßgebende Zentrums Presse, die sich — wie der „Bad. Beobachter“ — in verlegenes Schweigen hüllt, oder die, wie die „Germania“ den Abg. Häusler scharf kritisiert. In der Zentrumsfraktion ist der „Respekt vor diesem Manne“ so groß, daß man ihn — den einzigen militärischen Sachverständigen der Zentrumsfraktion — jahrelang im Parlament mundtot gemacht hat.

Wacker und die Nationalliberalen.

Zu der angekündigten Wackerbrochüre schreibt der Karlsruher Mitarbeiter der „Straßb. Post“:

Nach dem, was über den Inhalt dieser Schrift bekannt wird, scheint sie die Sprengung des Großblocks bezwecken und die Nationalliberalen zum Zentrum herüber ziehen zu wollen. Wenigstens ist dies daraus zu schließen, daß in der Schrift dargelegt sein soll, daß den Sozialdemokraten mehr als die Hälfte ihrer bei den Wahlen 1909 gewonnenen 20 Kammerstimmen wieder abgenommen werden könnten, wenn mit dem Zentrum und den Konservativen auch die Nationalliberalen zusammen gingen. Um die Sache noch schmackhafter zu machen, soll auch angeführt sein, daß die Mehrzahl der den Sozialdemokraten auf diese Weise abgenommenen Sitze den Nationalliberalen zufallen würde. So sein die Sache auch ausgesprochen sein mag, so dürfte es doch völlig ausgeschlossen sein, daß die Nationalliberalen jemals auf ein solches Angebot eingehen werden. Ganz abgesehen davon, daß sich die Partei damit um jeden politischen Kredit bringen würde, wozu die, Parteileitung niemals die Hand reichen würde, ergibt schon eine einfache Berechnung, daß durch ein solches Zusammengehen die Nationalliberalen Partei auch alle die Wahlkreise, oder doch die meisten, militärischer Sicherheit verlieren würde, die sie im Jahr 1909 nur mit Unterstützung der beiden weiter links stehenden Parteien erobert hat. Denn, daß die letzteren Parteien die Nationalliberalen in einer solchen Parteikonstellation ebenso bekämpfen würden, wie Zentrum und Konservativen, bedarf doch wahrlich keines Beweises. Für einen solchen Handel sind auch die Kreise der nationalliberalen Partei nicht zu haben, die den Großblock baldmöglichst beiseite lassen wollen. Zur Erreichung dieses Zieles bietet sich zudem für die nationalliberale Partei ein viel ehrlicherer und sicherer Weg, nämlich die Einführung der Verhältniswahl in der zweiten Kammer, wodurch die nationalliberale Partei überhaupt von allen Wahlbündnissen befreit und ihre volle politische Selbständigkeit bei Wahlen wieder erlangen würde. Dabei kommt noch in Betracht, daß nach allem, was bis jetzt in der Öffentlichkeit gedungen ist, dieses Ziel rascher erreicht werden kann, als gewöhnlich angenommen wird.“

Die Nationalliberalen müßten in der Tat mit politischer Blindheit geschlagen sein, wenn sie auf den von Wacker hingehaltenen Köder anbeißen würden. Wacker selbst schreibt sich augenblicklich wieder einmal die Finger wund, offenbar weil er noch immer hofft, daß er durch irgend welchen Zufall mit der Wittumerei Erfolg erzielen kann.

Das Zentrum

stellt für den Landtagswahlkreis Rastatt-Gernsbach den bisherigen Abg. Dr. Zehner wieder auf. Der bisherige Abgeordnete für den Wahlkreis Säckingen Dekan Dieterle hat die Wiederannahme einer Kandidatur abgelehnt.

Kommunalpolitik.

t. Der Kommunalfortschritt von Ulm. Der „Bad. Landesbote“ hält es für nötig, in seiner Nr. 81 von 8. d. M. auch einige Bemerkungen zu der heiligen Kommunalratsberatung zu machen. Seine Ausführungen wurden beanstandet durch einen Bericht im „Volksfreund“. Die Herren Fortschrittler hier scheinen selbst davon überzeugt zu sein, daß ihre Arbeit in der Gemeinde nichts taugt oder nicht viel wert ist, weil sie erst durch den „Volksfreund“ dazu genötigt werden müssen, etwas von sich und ihrer angeblichen Tätigkeit hören zu lassen. Sie wissen aber auch jetzt nicht viel zu sagen, sie begnügen sich damit, da sie über wirkliche Leistungen nichts zu sagen wissen, die sozialdemokratische Fraktion und deren Redner zu verächtlichen und anzurempeln. Der Artikelschreiber meint in seiner findlichen Einfalt, die Anfragen und vorgetragenen Wünsche des fortschrittlichen Herrn Wagnermeisters Hagenbucher hätten den Gemeinderat Gen. Buß etwas verärgert. Der gute Mann ist da sehr im Irrtum. So etwas können nur solche glauben und auch schreiben, die sich selbst zu überheben suchen oder sich wichtiger vornehmen, als sie in Wirklichkeit sind. Dem Gen. Buß gaben allerdings die Ausführungen des fortschrittlichen Herrn willkommenen Anlaß, den Herren ihre Spiegelbild vorzuhalten. Denn die Wünsche, die von jener Seite vorgetragen wurden, sind des öfteren schon von Seiten der Vertreter der sozialdemokratischen Partei vorgetragen worden; auch wurden dieselben im Gemeinderat von unseren Genossen schon vertreten, noch ehe die heutigen Fortschrittler aufstanden und das Bedürfnis in sich fühlten, den „Gans dampf in allen Gassen“ zu markieren. Der „Landesbote“ schreibt dann weiter: „Aber verehrter „Volksfreund“, von Konsequenzen wie ziehen und nicht den Mut haben, vor der Allgemeinheit die Verantwortung zu tragen“, kann keine Rede sein.“ Wir müssen gegenüber diesen Sprüchen doch den anscheinend sehr gebildeten Herren etwas das ramponierte Gedächtnis auffrischen, indem wir sie fragen: Gaben die heutigen Fortschrittler bei der Schulbaufrage nicht für die Errichtung des neuen Schulhauses mit den Sozialdemokraten gestimmt, das eine Umlagerung im Gefolge hatte? Und haben dieselben Herren nicht gebuddelt, daß man bei den vorjährigen Wahlen zur Gemeindervertretung in ihrem Flugblatt den Satz gebrauchte: „Die Sicherung unserer Gemeindegelände von 13 auf 29 Pfg. haben wir unseren Herren Sozialdemokraten zu verdanken“. Und haben weiter die heutigen Fortschrittler nicht den vorjährigen Voranschlag genehmigen helfen, der wiederum eine Umlagerung von 5 Pfg. im Gefolge gehabt hat. Erinnern sich die heutigen Fortschrittler noch daran, wie damals Gen. Buß dafür eintrat, daß statt 5 Pfg. der Umlage nur um 2 Pfg. erhöht werde? Sie taten aber zu dieser Sache ihren sonst so breiten Mund nicht auf; vielleicht haben sie deshalb nur geschwiegen, um dann später besser verleumben zu können. Wir glauben, diese wenigen Andeutungen werden genügen, um das Gen. Buß sogar verpflichtet war, den Herren ihre Schwächen vorzuhalten und sie zu ersuchen, daß sie, wenn sie Anträge stellen, die eine Umlagerung verurteilen, auch die Konsequenzen ziehen und die nötige Verantwortung selber tragen möchten. Warum, so fragen wir weiter, hat man denn auf fortschrittlicher Seite nicht in jener Sitzung „as Wort ergriffen und ist dem Gen. Buß gegenübergetreten? Da hat eben an dem „nötigen“ Mut gefehlt. Gegen diese Feststellungen konnten die Herren eben nichts tun, weil es reine Tatsachen waren. Es ist eben die bekannte Fortschrittler-„Taktik“, sie schreiben erst, wenn sie weit vom Schuß sind.

Gemeinderatswahl durch das Los. Der Verwaltungsgerichtshof hat gleich dem Bezirksrat einen bei der Gemeinderatswahl in Haslach i. R. für ungültig erklärten Stimmzettel als gültig erklärt. Nun hat das Los über den 6. Gemeinderatsitz zu entscheiden.

springen als ihr.“ Das Meer war verhältnismäßig ruhig. Trotzdem bekamen etliche die Seekrankheit.

Schon von weitem sahen wir die Stadt Oran; sie zieht sich an einer Anhöhe dahin und macht einen freundlichen Anblick, besonders die Neustadt mit ihren schönen Anlagen, breiten Straßen und eleganten Bauten. Wir wurden nach dem Fort St. Therese gebracht und sofort auf die beiden Regimenter der Legion verteilt. Ich kam zum zweiten. Die fürs erste bestimmt waren, wurden noch denselben Nachmittag transportiert. Die Kaserne auf dem Fort war unfauber, die Wände verschmiert und verjudelt. Da dieser Ort die Hauptdurchgangsstation der Legionäre ist, hatten sich hier viele verewigt, manche in recht gelungenen Sprüchen und Strophen. Wir fanden den ganzen Tag herum, rauchten und schwätzten. Wer Geld hatte, setzte sich in die Kantine, wer keins hatte, suchte Kaffee. Die wuchsen zahlreich an der alten Fortmauer und schmeckten gut. Nur mußte man beim Schalen achtgeben, daß keine Stacheln zurückblieben. Von der Legion hörte ich hier mancherlei, Wahres und Erlögenes. Ich erfuhr, daß das erste Regiment in Sidi-bel-Abbes liegt, das zweite in Sidi. Einzelne Detachements sind auf kleineren Forts im ganzen Lande verstreut. Auch in Madagaskar und Tonkin dienen Legionäre. Jedes Regiment umfaßt sechs Bataillone und zwei Depottompagnien. Die Gesamtstärke eines Bataillons beträgt einschließlich der Offiziere und Unteroffiziere sechshundert Mann. Jedem Regiment ist eine compagnie montee beigegeben. Von dieser benutzen je zwei Mann abwechselnd einen Mantel, sodaß es ihr möglich ist, Gewaltmärsche von 70 Kilometern in einem Tag zurückzulegen.

(Fortsetzung folgt.)

Vor 25 Jahren.

Erinnerungen aus der Zeit der wildesten Sozialistenverfolgung.

Von einem Offenburger Arbeiter.

III.

Am 22. September 1888 hielt Genosse Blos in Offenburg im „Dreifönig“-Saale eine Versammlung ab, welche ausnahmsweise nicht verboten wurde. Dagegen wurde im

Wahlvereinslokal und beim Vorstand Oberföll gehäusucht und aus der Bibliothek das Bücherverzeichnis und einige Schriften mitgenommen. Anfangs Oktober erhielten Josef Klein, Adolf Ged, Karl Ged und Dr. Waltherr die Anklageschriften wegen „geheimer Verbindung“ und Verbreitung verbotener Schriften. Etwa zur selben Zeit liefen noch Prozesse gegen die Genossen Singer, Köst, Grillenberger und Mös. In Bochum gab es 18. in Berlin 8 Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, desgleichen in Stuttgart, München, Kiel, Danzig. In Hamburg wurden die Genossen Noack, Fride, Rhode und Babbt zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt, zugleich begann in Eberfeld ein großer Prozeß in Berlin wurde dem Genossen Schippel wieder eine Verurteilung aufgelöst. Auch in Wien war Genosse Dr. Adler wegen Geheimbündelei in Anklagezustand.

Am 18. Oktober 1888 fand vor der Strafkammer in Offenburg unter kolossalem Andrang des Publikums der Geheimbündelprozeß gegen Josef Klein, Dr. Waltherr, Adolf Ged und Karl Ged statt. In der Unterjudung wurde damals auch Fr. Frieda Bebel vernommen, welche bei Dr. Waltherr zu Besuch war und in der Hauptverhandlung der Polizeikommissär Greif von Freiburg. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen. Von den in Offenburg noch Verhafteten wurde Frau Wid am 19. Oktober durch Polizeikommissär Greif nach dem Untergefängnis Emmendingen überführt, Adolf Ged durch Gendarmereiwachmeister Sauer am gleichen Tage nach dem Landesgefängnis Freiburg, am Morgen des 20. Oktober folgten diesem um 8 Uhr der Genosse Dotter, um 9 Uhr Lehmann und nachmittags Johann Basler.

Am 26. und 27. Oktober fand in München wieder ein Geheimbündelprozeß gegen Auer, Birz und Genossen statt, desgleichen in Hamburg gegen Förster und 18 Genossen, welche 1 bis 2 Monate Gefängnis erhielten, in Breslau gegen Marara und Genossen, in Augsburg und Düsseldorf. In Leipzig wurden wieder 10 Genossen verhaftet. Verhaftungen und Hausdurchsuchungen fanden auch in Rendsburg und Ludwigshafen statt. In Konstantz fand am 31. Oktober 1888 auch ein Geheimbündelprozeß gegen die Genossen Michle, Ruf und Bed statt, letzterer erhielt 4 Monate, Michle und Ruf 4 Wochen Gefängnis. Am

5. November schon wieder ein Prozeß gegen die Genossen Rheinold und Schlagenhauß. Ersterer bekam 10, letzterer 2 Monate Gefängnis.

In dem großen Freiburger Sozialistenkongreß war nun den Angeklagten die 60 Seiten umfassende Anklageschrift zugegangen. Angeklagt waren 15 Personen (darunter 4 Frauen) aus Offenburg, Efringen, Lörrach, Stetten, Basel und Wülhausen. Der Beginn des Prozesses wurde auf Freitag, 16. November 1888, morgens halb 9 Uhr, angesetzt. Die Offenburger Beteiligten hatten bis zur Verhandlung nicht weniger als 384 Tage Unterdrückungshaft abgeessen. Am 11. November wurden in Offenburg und Umgebung 6000 Flugblätter, im ganzen Lande 25 000 verbreitet. Am 12. November wurde bei Genosse Dotter in Offenburg wieder eine Hausdurchsuchung vorgenommen, während dieser im Landesgefängnis in Freiburg saß. Am 14. November fand in Offenburg wieder ein Prozeß wegen Verbreitung verbotener Schriften statt.

Am Freitag, 16. November, morgens halb 9 Uhr, begann im Freiburger Schwurgerichtssaal der große Prozeß gegen 15 Angeklagte, welche durch 6 Gendarmen mit Gewehren bewacht wurden. Zeugen waren 24 geladen. Staatsanwalt Geiler vertrat die Anklage. Die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Muser-Offenburg und Schilling-Freiburg. Die Einberufung der Hauptangeklagten, Frau Pinkert, dauerte unter Ausschluß der Öffentlichkeit von 11 Uhr morgens mit zwei Stunden Mittagspause bis abends 8 Uhr. Dann wurde die Verhandlung vertagt und begann wieder am Samstag früh halb 9 Uhr; sie ging bis abends spät und endete erst am Montag abend um 9 Uhr mit der Verurteilung des Angeklagten Aenis zu 3, Frau Pinkert zu 3, Weber und Ziehm zu je 2 Monaten, Holzwart 6, Ketterer und Strütt 4, deren Ehefrauen zu je 2 Wochen Gefängnis. Edert wurde freigesprochen. Die Angeklagten aus Offenburg erhielten: Adolf Ged 4, Ludwig Dotter und Frau Zwick je 3 Monate Gefängnis, Rob. Basler und Karl Lehmann wurden freigesprochen. Sämtliche Angeklagten bis auf Aenis wurden auf freien Fuß gesetzt.

In Offenburg wurde sofort bekannt, daß die Freigelassenen am Dienstag, 20. November, abends 10 Uhr,

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. April.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Am Bundesratsitz die Staatssekretäre v. Jagow und Delbrück.

Die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Staatssekretär v. Jagow: Es ist gestern auch auf den Zwischenfall in Nancy Bezug genommen worden. Unsere Kenntnis über den Vorfall beruht einseitig auf privaten Meldungen des Wolf-Büros. Sollte sich die Nachricht bestätigen, so würde sie als höchst bedauerlich zu bezeichnen sein (Zustimmung), auch insofern bedauerlich, als sie ein erneuter Beleg für die chauvinistischen Freibergeren sein würde, von denen der Reichskanzler sprach. Der Reichskanzler in Paris hat Anweisungen erhalten, die französische Regierung um Aufklärung zu ersuchen (Beifall) und falls sich die Nachricht als richtig herausstellen sollte, Vorkehrungen wegen mangelnden Schutzes von Deutschen zu machen.

Ich wende es mir angelegen sein lassen, die Resolution über den Zugang zum diplomatischen Dienst sorgsam zu prüfen. Der Gedanke, daß jedem Tüchtigen die diplomatische Karriere eröffnet wird, ist mir sympathisch. Aber ohne jedes eigene Vermögen werden die Diplomaten nicht auskommen, es sei denn, daß man ihnen abnorm hohe Gehälter zahlt, die im Widerspruch mit den sonstigen Besoldungen und auch nicht im Einklang stehen mit den Bezügen der Diplomaten anderer Länder. Dem Vorwurf, daß für die Auswahl der Diplomaten die Protektion maßgebend sei, muß ich entschieden zurückweisen. (Lachen links.) An der Ausbildung unseres Nachwuchses arbeiten wir fleißig. Die Konsulatsanwärter werden in das wirtschaftliche Leben eingeführt. Wissenschaftliche Kurse sind im Auswärtigen Amt im Gange, die von hervorragenden Personen der Praxis, des wirtschaftlichen Lebens und der Wissenschaft geleitet werden. Diese Kurse sind für den angehenden Diplomaten und Konsulatsbeamten obligatorisch. Im übrigen kann ich versichern, daß wir alle Wünsche auf Neuerungen prüfen werden. Wo Mängel sind, sollen sie abgestellt werden. (Beif. Beifall.)

Abg. Dr. Dertel (deutsch-kon.): Der leider zu früh verstorbene Staatssekretär v. Auleren-Wächter, dessen wir wehmütig gedenken, wird heute vielfach vermisst. Zu seinem Nachfolger können wir Vertrauen haben. Auch wir wollen den Zugang zum diplomatischen Dienst erleichtern. Aber nicht nur der Zugang muß gesichert werden, sondern auch das Amt erhalten. Die Vorgänge auf dem Balkan haben nicht nur die Diplomatie, sondern auch die Börse und die Presse überrascht. Später aber hat die deutsche Diplomatie die richtigen Bahnen eingeschlagen. Wir hoffen, daß der Friede auf dem Balkan in naher Aussicht steht. Wir wollen eine deutsche Weltpolitik, die mit allen Zukunftsmöglichkeiten rechnet und sich die Zukunft nicht verbauen läßt. (Sehr wahr.) Schwieriger wird die Sache in Ostasien werden. Wir legen Wert darauf, daß unsere Beziehungen zu Rußland gut oder wenigstens korrekt bleiben. Je korrekter unsere Beziehungen zu England sind, desto besser ist es für beide Teile. Gegen das französische Volk aber gegen seine Regierung hat bei uns niemand einen Haß. Das Vorgehen des Reichspräsidenten in Magdeburg und Braunschweig ist selbstverständlich, da der französische Deputierte nicht zum Frieden reden wollte, im Gegenteil.

Abg. Ledebour (Soz.):

Ueber die Vorgänge in Nancy liegen bis jetzt nur unverbürgte Nachrichten vor. Die Regierung hat selbstverständlich zunächst die Aufgabe, die Wahrheit festzustellen und eventuell für eine angemessene Sühne zu sorgen. Es war aber sehr unglücklich, daß der Staatssekretär daran die Bemerkung knüpfte, daß er man wieder, wie gewaltig die chauvinistische Flut in Frankreich anschwellen. Man erhält den Eindruck, als ob er dadurch den deutschen Chauvinismus aufzuzüchten wolle. Er hätte statt dessen weitergehen und sagen sollen, wie recht die Sozialdemokratie habe, als sie behauptete, daß die Forderung der dreißigjährigen Dienstzeit durch die deutsche Heeresvorlage veranlaßt sei. Das kann sogar ein Blinder mit dem Stock fühlen, also auch ein deutscher Diplomat. (Präsident Kaempf erhebt den Redner, solche Vergleiche zu unterlassen. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Der Chauvinismus ist in Frankreich wieder durch deutsche Schuld aufgeheizt worden, und dieser Vorwurf trifft die deutsche Regierung und wirkt schwerer als einige Ausschreitungen aufgeregter Franzosen in einem Grenzort. Die Befestigung der diplomatischen Stellen erfolgt bei uns lediglich durch Protektion von einer Stelle aus, die, wie sich im Falle Sotht so eklamant gezeigt hat, perfiden Einflüsterungen zugänglich ist, und es ist die allerhöchste Zeit, daß solche Protektion bei Postenübergaben nicht in die Erscheinung tritt. (Präsident Kaempf erhebt den Redner, dergleichen Anspielungen zu unterlassen.) Für die Konsulate und Diplomaten soll man dieselbe Ausbildung vorschreiben. Das schließt nicht aus, daß entsprechend höherer Qualifikation der Bewerber in diese oder die andere Karriere eintritt. Es sollte aber überhaupt mehr dazu übergegangen werden, daß die Auswärtigen Ämter direkt miteinander verhandeln. Es besteht kein

am Offenburger Bahnhof eintreffen würden. Schon eine halbe Stunde vor Ankunft des Zuges waren die Ausgänge des Bahnhofs mit Schulzeuten besetzt. Der Polizeikommissär, 8-10 Polizisten und 2 Gendarmenwachmeister waren aufgeboten. Bei Ankunft des Zuges mit den Angeklagten brachte die Menge ein braufendes Hoch aus. Die Menge bewegte sich dann nach der Begrüßung in Ruhe der Stadt zu, unter bengalischer Beleuchtung und Pöller-schießen, trotz der Begleitung der Sicherheitsmannschaft. In der „Fortuna“ wurde noch bis Feierabend gefellige Unterhaltung gepflogen.

Schon zwei Tage später, am 22. November 1888, hielt Genosse Adolf Ged in Freiburg eine Massenversammlung im Löwenkeller ab, wo er über: „Der Kampf zwischen Liberalen und Ultramontanen“ ungehindert sprechen konnte, was seit langem nicht mehr der Fall war. Von dieser Zeit an trat bei uns in Baden einigermaßen eine Entspannung in der Verfolgung der Sozialdemokraten ein. Der Genosse Schuhmacher Haberer von Elgersweier wurde in Offenbach nach 6 Tagen aus der Unterjuchungshaft entlassen.

In Elberfeld wurden am 4. April über 100 Haus-suchungen und Verhaftungen vorgenommen und erst Ende November verhandelt. In Berlin erhielten Gorki und Genossen wegen einer Passafesterei Strafen von 10 Mk. bis 10 Tagen Gefängnis. In Leipzig gab es wieder einen Geheimbundsprozess und in Berlin wurde dem Genossen Singer wieder eine Versammlung aufgelöst, als sich Genosse Wagnitz für eine einzige Alters- und Zuba-Identifikation ausmachte mit Einkauf der Arbeitgeber mit einem Eintragsbuch bis zu 2000 Mk.

In Offenbach wurden am Neujahr die „Offenburger

Grund, warum die Regierung sich der Armenier bei der türkischen Regierung jetzt nicht annehmen sollte. Das liegt gerade im Interesse der Türkei, denn damit wird den Russen der Vorwand genommen, sich bei Gelegenheit dieser Bevölkerung anzunehmen. Gerade die Unterlassung rechtzeitiger Reformen hat ja den Zusammenbruch der Reformen herbeigeführt, und an dieser Unterlassung hat sich die deutsche Regierung beteiligt. Deutschland mühte an der Spitze der Zivilisation marschieren und mühte mit dem Einschreiten nicht erst warten, bis England oder Frankreich sich dazu aufraffen. Damit sind wir ja auch einverstanden. Das Vorgehen Rußlands ist an sich ja zu begrüßen. Aber in der neuesten russischen Erklärung steht doch auch zu lesen, daß Rußland die Balkanstaaten eigentlich zu ihrem Vorgehen angespornt hat. In dem Erlass liegt ein

Programm russischer Auslandspolitik.

das sehr entschieden zurückgewiesen werden muß. Rußland löst Montenegro jetzt zwar zurück, nicht weil es Rußland selbst will, sondern weil England sich so scharf gegen den Krieg ausgesprochen hat. Für diesen russischen Erlass muß man eigentlich England seinen Dank aussprechen. Die russische Balkanpolitik ist eine reine Eroberungspolitik. Der Pan-Slawismus ist ein ganz ausgemachter Schwindel, denn ein gemeinsames Interesse aller Slawen besteht ebensowenig wie ein gemeinsames Interesse aller Germanen. Der russische Zar und seine Helfershelfer haben auf dem Balkan die schlimmsten Staatsverbrechen angezettelt. Beifall bei den Sozialdemokraten. Präsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung. Vernunft ruft: Das ist aber doch wahr! Rußland bei den Sozialdemokraten: Was weiß der Präsident davon! Da wird sich der russische Zar freuen. Der Reichskanzler ist auf den russischen Schwindel hereingefallen und hat der Erklärung Sakanows Glauben geschenkt. Wir dürfen uns nicht zu Handlangern der russischen Politik hergeben. Wenn Deutschland und Österreich nicht wollen, dann können die russischen Herren nicht mit dem Panlawislawismus operieren. Die deutsche Regierung gibt diesem Eroberungsplan des Zaren Nahrung, indem sie im eigenen Lande eine Unterdrückungspolitik gegen die Polen ausübt. Und ebenso ist es in Österreich. Wir dürfen allerdings nicht jede Lobrede Österreichs verheerliche Politik gegen die Südslawen aufgeben, die getrieben wird im Interesse der magyarischen Junker. Die deutsche Regierung sollte sich zum Vor kämpfer der nationalen Toleranz machen, ebenso wie es das Vorbild eines Freihandelslandes werden sollte. Wir hoffen ja, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland selbst das Despotenregiment besitzigen wird, aber wir müssen helfen und müssen der weltgeschichtlichen Entwicklung vorweilen. Wir müssen vorausgehen, und es wird notwendig werden, was wir Sozialdemokraten vorausgesetzt haben: Das ist der Gedanke eines

Präsident Kaempf: Ich habe nachträglich Einsicht genommen in das Stenogramm und daraus ergibt sich, daß Herr Ledebour bei der Erwähnung des Falles Sotht eine Beleidigung gegen den deutschen Kaiser ausgesprochen hat. Ich kann es deshalb nicht bei einer Mütze belassen, sondern rufe Herrn Ledebour nachträglich zur Ordnung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Jagow: Die Aeußerung des Abg. Ledebour über Seine Majestät den Kaiser, die vom Präsidenten bereits gerügt wurde, bedauere ich. Ich muß aber auch Verwahrung einlegen gegen die Aeußerung gegen den Herrscher eines befreundeten Landes.

Präsident Dr. Kaempf: Ich möchte bemerken, daß diese Aeußerung schon gerügt wurde; damit scheidet dieser Vorfall aus den Verhandlungen dieses Hauses aus.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (natl.): Die Vorgänge in Nancy führten zu einem Haß, den man nicht weiter bezeichnen kann. Die Frage des Abg. Dertel, warum immer noch keine offizielle Nachricht über den Niedergang des Bepelins bei Aunelville vorliegt, möchte ich unterstreichen. Rumänien ist seit langen Jahren unser Freund. Wir haben alle Ursache, seinen Wünschen entgegenzukommen, da Rumänien der einzige uns befreundete Balkanstaat ist. Die besseren Beziehungen zum Auslande begrüßen wir. Ein Nachlaufen ist aber England gegenüber nicht angebracht. Jetzt sind in Deutschland und England Männer an der Friedensarbeit; hoffen wir, daß sie zu guten Erfolgen führen.

Abg. Müller-Meinungen (fortsch. Volksp.): Die Vorgänge in Lüneville zeigen, wie notwendig die Schaffung eines internationalen Lustrechts ist. Wegen der Vorgänge in Nancy verlangen wir strenge Sühne. Hier liegt ein Fall des französischen Chauvinismus vor. Für die Schulen im Auslande wird viel zu wenig getan. Parlament und Presse sind sich einig, daß es unklug ist, mit der Anerkennung der chinesischen Republik zu lange zu warten.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Wir können schnell arbeiten und sind entschlußfähig; das werden wir Ihnen in der Frage der Anerkennung der chinesischen Republik beweisen. Wir sind über China gut unterrichtet; jedenfalls besser als der Abg. Müller-Meinungen, der auf die Verichterstattung von Matsch und Tschang aufbaut. In der Anleihefrage gehen wir mit anderen Mächten zusammen. Das scheint das Praktischere und Nützlichere zu sein, als allein vorzugehen.

Nachrichten, Südwestdeutsches Volksblatt“ in das Umgekehrte vermandelt: „Südwestdeutsches Volksblatt, Offenburger Nachrichten“ und das Format bedeutend vergrößert. So erschien das Blatt bis zum 1. Oktober 1890, wo das Sozialistengesetz endlich fiel und der „Volksfreund“ wieder seine Auferstehung feierte; heute noch erscheint er im gleichen Format. Freilich waren vom Schluß des Jahres 1888 bis zum Falle des Sozialistengesetzes noch eine Unmenge Verfolgungen, Gefängnisstrafen u. a. m. zu erdulden. Meine diesbezüglichen Aufzählungen können natürlich in keiner Weise auf Vollständigkeit Anspruch machen. Wir erwähnen nur noch die Verurteilung der Genossen Haujeisen, Autenrieth und Karl Ged in Offenburg zu drei, bzw. vier- und siebenmonatlichen Gefängnisstrafen, desgleichen diejenige der Genossen Adolf Ged und Philipp Leufel. Wir glauben, das Angeführte genügt, um den jüngern Parteigenossen das Verzeigenswerte unserer Erinnerungsfeste begrifflich zu machen.

Mit solchen Vorgängen ging das für uns, besonders auch für die badischen Parteigenossen denk- und merkwürdige Jahr 1888 zu Ende, und wir haben alle Ursache, jetzt das 25jährige Gedenken zu begehen. Freuen wir uns der Standhaftigkeit jener Parteigenossen, die trotz alledem immer wieder mit neugestärktem Mut den Kampf mit der Reaktion aufnahmen und nach langem, hartnäckigem Kampfe siegten! Auch heute noch wird kein Fata für das arbeitende Volk erreicht ohne langwierigen, harten Kampf. Hoch der Kampf, die Einigkeit und Standhaftigkeit! Hoch die Sozialdemokratie!

N. O.

Wenn Dr. Müller-Meinungen darüber klagt, daß unsere Diplomatie zurzeit nicht auf dem Posten steht, so muß ich darauf hinweisen, daß unsere Diplomaten auch nur Menschen sind und Urlaub gebrauchen.

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich möchte den Wunsch aussprechen, zu erwägen, ob eine derartige Tonart einem Abgeordneten gegenüber angebracht ist. (Lebhaftes Bravo links, große Unruhe.)

Unterstaatssekretär Zimmermann: Ich weiß nicht, ob eine solche Kritik einer Rede eines Vertreters der Bundesregierung dem Präsidenten zusteht. (Große Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich habe keine Kritik geübt, ich habe nur den Wunsch ausgesprochen, daß dieser Brauch einem Mitgliede des Hauses gegenüber nicht Platz greift. (Sehr gut.) Abg. Herzog (Wirtsch. Vereinig.): Mit der deutschen Politik während den Balkanangelegenheiten sind wir im allgemeinen einverstanden.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): An der deutschen Grenze zeigt sich eine Bewegung zur Schärfe des Chauvinismus; das verlangt uns Sühne für Nancy zu verlangen. Auch bezüglich des B. 4 ist Aufklärung dringend nötig. Ueber die Balkanverhandlungen sollte uns bald ein Weißbuch vorgelegt werden. Angebracht wäre es gewesen, wenn der Reichstag das chinesische Parlament begrüßt hätte.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Ich habe nicht im geringsten die Gewissenhaftigkeit des Abg. Müller-Meinungen bei Behandlung seines Materials in Zweifel ziehen wollen, sondern ich habe nur den objektiven Wert seiner Informationen kritisiert und dieses Recht muß ich mir vorbehalten.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Aus meinen Erfahrungen in China kann ich nur bestätigen, daß unsere dortigen Beamten voll auf ihre Schuldigkeit tun. Um unser Ansehen zu heben, ist es vor allem nötig, daß wir größeren Einfluß auf das dortige Schulwesen gewinnen. Auch auf den Ausbau der Hochschulen muß besonderes Gewicht gelegt werden.

Staatssekretär v. Jagow: Ich muß auf die Angelegenheit des Ordnungsrufes nochmals zurückkommen. Ich bin mir nicht im Zweifel gewesen, daß mit meinem Ordnungsruf des Präsidenten eine Angelegenheit für das Haus erledigt ist; ich muß es aber somit in Anspruch nehmen, meinerseits Verantwortung einzulegen in einer Angelegenheit der auswärtigen Politik, wenn sie zur Abwehr eines Angriffs im Interesse der Pflege der Beziehungen zu anderen nötig erscheint. (Beifall.)

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Ich möchte mich dagegen wenden, daß aus diesem einzelnen Vorfall Kenntnisse in Nancy allgemeine Schlußfolgerungen gezogen werden. Die Pariser Presse hat deutlich und mit voller Offenheit gegen die Ausschreitungen in Nancy Stellung genommen. (Hört, hört.) Gerade Nancy ist ausgezeichnet durch einen außerordentlich starken chauvinistischen Geist. Unsere Partei weiß das aus Erfahrung. Man hat bei den Erörterungen über die Militärvorlage den Chauvinismus in Frankreich in seiner Bedeutung und in seiner Wirkung übersehen. Das Argument, daß Elsaß-Lothringen befreit werden müsse, ist gerade in der letzten Zeit wirkungsvoll von Elsaß-Lothringern selbst gerichtet worden. Ich verweise auf die Müllhauser Rundgebung und auf Aeußerungen hervorragender Politiker in den Pariser Organen der Sozialdemokratie. Was die Elässer wünschen, ist nicht der Krieg, sondern die Schaffung der Autonomie der Selbstregierung und Selbstverwaltung. Davon wollen allerdings die eingewanderten Deutschen nichts wissen. Die alldeutschen Nationalisten sind nicht minder schlimm und volksfeindlich wie die Franzosen. Wie ängstlich man in den Regierungskreisen vor der Gewährung eigentlich selbstverständlichen Rechtes ist, beweist die Tatsache, daß es in Elsaß-Lothringen noch nicht einmal ausländische Konsulate gibt. Man fürchtet wohl, es könnte auf einmal die Aristokratie aufgezwungen werden. Die Autonomie betrachten wir nicht als eine besondere Auszeichnung, als eine Ehrendemach, sondern als die Erfüllung eines Rechtsanspruches, den die Elsaß-Lothringer haben, seitdem sie deutsche Reichsangehörige sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hthorn (fortsch. Volksp.): Der freie Handelsverkehr an der Westküste des Ostens wird durch das Eingreifen der französischen Regierung geradezu unmöglich gemacht. Unterstaatssekretär Zimmermann gibt Aufklärungen über den Zwischenfall in Casablanca, bei dem Deutsche beteiligt sind, sowie über die Beteiligung Deutscher an der Fremdenlegation.

Abg. Spahn (Zentr.): Nachdem die englische Sprache in den chinesischen Schulen obligatorischer Unterricht geworden ist, haben wir allen Anlaß, darauf zu dringen, daß auch die deutsche Sprache als gleichberechtigt anerkannt wird.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Dove und Dr. Müller-Meinungen verlag sich das Haus auf Mittwoch 17 Uhr. Weiterberatung. Der Präsident kündigt an, daß in der nächsten Woche ein oder zwei Dauer- oder Abenditzungen abgehalten werden. Schluß 17 Uhr.

Berichtszeitung.

Schwurgericht.

2. Inst. § 147 Strafges., 14. April.

In der heute nachmittag um 4 Uhr beginnenden Sitzung hand wiederum eine Anklage wegen Raubs zur Verhandlung. Sie richtete sich gegen den 22 Jahre alten Tagelöhner Carl August Knus aus Karlsruhe, der zurzeit wegen Diebstahls und anderer Straftaten 4 Jahre Zuchthaus verbüßt. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß er mit Gewalt gegen eine Person und unter Drohungen eine fremde Sache einem anderen in der Absicht wegnahm, sich dieselbe rechtswidrig anzueignen, indem er am 2. Mai nachmittags zwischen 3 und 6 Uhr zu Karlsruhe im Hause Waldhornstraße 58 der 86 Jahre alten Witwe Mühlke, welche in ihrem Wohnzimmer auf einem Sopha saß, eine Wunde über den Kopf warf, einen Teil derselben ihr in den Mund steckte, so daß sie nicht schreien konnte und mit den Händen ihr auf den Kopf und ins Gesicht schlug, indem er ferner zu Frau Mühlke, welcher es beim Heruntergleiten vom Sopha auf den Boden gelungen war, die Wunde abzustreichen, sagte: „Ein Piss und Sie leben keine fünf Minuten mehr“ und sie am Kopfe packend, beifügte: „Ich brauche nur so zu machen, dann ist es fertig! Also, wo ist Ihr Geld?“ worauf er eine Schublade der im Zimmer stehenden Kommode nach Geld durchsuchte, jedoch nur ein Pfund Schokolade, sowie einen Geldbeutel mit 1,80 Mk. fand, welche Gegenstände er sich angeeignete, um dann sich mit denselben zu entfernen.

Der Angeklagte ist ein schon vielfach vorbestrafter Mensch. Er befand sich schon häufig in Gefängnissen, u. a. m. hiesigen Amtsgefängnis, wo er mit einem Steindrucker namens Schulz aus Danzig bekannt wurde. Beide trafen sich im Jahre 1912 in Basel und wanderten von dort aus über Freiburg, Offenburg und Rastatt nach Karlsruhe. Auf dieser Reise erzählte Schulz dem Knus, daß er im Jahre 1888 hier in der Steindrucker des Leopold Mühlke gearbeitet und noch bis zum Jahre 1908 bei demselben gewohnt habe, nachdem Mühlke bereits sein Geschäft aufgegeben. Mühlke ist inzwischen gestorben und seine Witwe wohnt, wie schon angeführt, in dem Hause Waldhornstraße 58. In eingehender Weise schilderte Schulz die Familien- und Wohnungsverhältnisse der Frau Mühlke und erzählte u. a. auch davon, wo die alte Frau ihr Geld aufbewahrte. Nach dem

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 16. April.

Von der sozialdemokratischen Bürgerauschussfraktion.

In der gestern abend stattgefundenen Fraktionsitzung wurde an Stelle des zurückgetretenen Genossen Willi Geofse H. Sauer zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Gen. Sauer wird auch von der Fraktion als Nachfolger des Gen. Willi im Stadtverordnetenrat bei der morgen mittag stattfindenden Wahl vorgeschlagen werden.

Schulentlassungsfeier des Jugendauschusses.

Für den letzten Sonntag war von Seiten des Jugendauschusses an die jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter und an die Freunde der proletarischen Jugendbewegung die Einladung zu einer Schulentlassungsfeier ergangen. Mit Genugtuung kann konstatiert werden, daß die Veranstaltung sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Es darf aber auch gleichzeitig gesagt werden, daß das reichhaltige Programm eine glatte, ungestörte Abwicklung erfuhr. Dies sagen zu können, ist umso erfreulicher, als sämtliche Nummern des Programms, außer den Männerchören, die der Arbeiterjugendverein „Gleichheit“ präzisiert und fein zu Gehör brachte, von jungen Arbeiterinnen und Arbeitern übernommen waren. Wir erwähnen nur aus dem reichhaltigen Programm: Die Rezitation von Carl Deiser, „Die Geliebten“, ferner „Der Klau“, Wolfs „Aus Sturmes Not“, Schillers „Lied von der Glocke“, Rameaus Karlsruher Dialektbüchlein, dann Mandolinenvorträge: „Das ist der Tag des Herrn“, „La Paloma“, „Zillertal, du bist mein Freund“ usw. Die Violinisten: Intermezzo sinfonia aus Cavalleria Rusticana, Chanson d'Amour. Mit Lust und Liebe und Hingebung hatten sich die Jugendlichen an ihre Aufgabe gemacht und lösten sie dann auch zu vollster Zufriedenheit aller Anwesenden, die durch reichen Beifall für die schönen Darbietungen dankten. Nicht vergessen dürfen wir die Musikkapelle, sowie die Begleiterin der Violinisten, Frau Melamet, die mit feiner Auffassung und künstlerischer Anpassungsfähigkeit den jungen Spielern am Klavier begleitete.

Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete die Festrede des Stadts. Rüdert, die sich etwa in folgenden Gedankengängen bewegte: „Und drüht der Winter noch so sehr, es muß doch Frühling werden“, so können auch wir mit dem Dichter sagen, wenn wir sehen, wie der sterbende Winter noch einmal mit seinen letzten Waffen gegen den Frühling zu kämpfen versucht. Der Frühling wird doch Sieger bleiben. In der Zeit des Erwachens der Natur ziehen Tausende junger Menschen hinaus in das Leben. Tausende haben sich sicher gefreut, daß sie nun endlich aus der Schule entlassen werden. Es ist der Traum nach Freiheit, der in den jungen Menschen die Freude an der Schulentlassung hervorruft. Für viele Arbeiterkinder ist die Arbeit, vor die sie nun gestellt werden, nichts neues mehr, da sie ja leider schon während der Schulzeit angefaßt waren. Bei vielen, die niemand mehr haben, der sich um sie kümmert, beginnt an dem Tage, an dem sie der Schule entlassen sind, der Kampf um die eigene Existenz. Aber auch diejenigen, die ein Handwerk erlernen dürfen, werden es bald finden, daß es auch hier anders ist, als sie sich geträumt haben.

Wenn gefragt wird: Was will die proletarische Jugendbewegung, so kann nur gesagt werden, sie will die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen zu charakterfesten, kräftigen Menschen machen, die den Kampf, den die Arbeiterschaft zu bestehen hat, führen und bestehen können. Wir wollen vor allem die Arbeiterkinder zu guten Freunden der Natur machen. Wir wollen mit ihnen hinausziehen in Wald und Feld; sie sollen die Natur lieben lernen. Wir wollen mit ihnen Wanderungen machen, um in ihnen die Lebensfreude zu wecken. Die jungen Menschen, die in die Werkstätten und in die Fabriken gestellt werden, haben es mehr noch als die Alten notwendig, in frischer Luft sich zu bewegen. Draußen werden sie zweifellos auch ihr freies Innern größer und geistiger. Und der Mensch, der Freude am Leben hat, wird auch den Kampf, den die Arbeiterschaft zu führen hat, mit mehr Ausdauer und Begeisterung führen und bestehen können. Wir wollen uns am Spiele unterhalten. Wir wollen aber keine Kriegsspiele abhalten und die Natur zerstören, sondern wir wollen spielen, daß jeder, der an uns vorübergeht, seine helle Freude an uns haben kann. Auch der Turnplatz der freien Turnerschaft steht der Arbeiterjugend zur Verfügung — damit ist aber die Aufgabe der Arbeiterjugend noch nicht erschöpft. Wir wollen geistig regsame Menschen erziehen, wir wollen ihnen Belehrung geben in Wort und Schrift und auch durch Anschauung. Fast in jeder unserer Zusammenkünfte findet ein Vortrag über irgend ein Gebiet statt. Was den Anschauungsunterricht betrifft, muß gesagt werden, daß schon sämtliche Museen Karlsruhs von der Karlsruher Arbeiterjugend besichtigt worden sind; ebenso unternahmen wir Wanderungen durch industrielle Anlagen, Elektrizitätswerke u. dergl. Eine reiche Bibliothek steht den Jugendlichen zur Verfügung. Auch die Pflege des Gesanges wird ebenfalls nicht vernachlässigt. Was wir aber bei all dem nicht vergessen dürfen, das ist die Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls, die Pflege des Gedankens bei den Jugendlichen, daß sie für einander einstehen müssen. Wir wollen, daß sich die jungen Arbeiter schätzen lernen, daß sie sich gute Freunde sind. Darin werden sie auch, wenn sie schon zum Manne herangereift sind den Weg finden, der allein sie zum Ziele führt und den wir alle gegangen sind. Die Veranstaltungen, die wir abhalten, werden ohne Tabak und Alkohol abgehalten. Auch mit Religionsfragen beschäftigen wir uns nicht. Die Behauptung unserer Gegner, daß wir die jungen Menschen schon in ihren jungen Jahren zu Sozialdemokraten machen wollen, ist durchaus falsch. Aber wir wollen unsere jungen Freunde aufklären über alles das, womit sich moderne Menschen befassen, über Freigen, über die die Kinder in der Schule keine Aufklärung bekommen, über Fragen, die die Arbeiter besonders berühren. Wir wollen sie aufklären über alle Fragen des öffentlichen Lebens, auch über Fragen der Kunst und Wissenschaft. Erst mit dem Tage, an dem sich die Arbeiterschaft gesamt hat, sie muß sich auch ihrer Jugend annehmen, sehen wir andere Jugendorganisationen entstehen, die, obwohl von Arbeiterfeindlicher Seite gegründet, sich hauptsächlich aber an die Arbeiterjugend wenden. Die Pfadfinder und Jugendwehren wollen, so wie sie nach außen hin sagen, keinen anderen Zweck haben, als die jungen Menschen zu „erzuchtigen“. In Wirklichkeit aber wollen sie nur die Arbeiterkinder ihren Eltern abspenstig machen. Einem anderen Zweck kann die Pfadfinderbewegung nicht haben. Wenn es wahr wäre, daß sie die jungen Menschen nichts weiter als nur „erzuchtigen“ will, hätten auch wir nichts gegen sie einzuwenden. Die Arbeiterkinder müssen energisch darauf bedacht sein, daß ihre Kinder nicht denen überlassen werden, die geistig und gesellschaftlich nichts mit uns zu tun haben, die sonst mit souveräner Verachtung auf die Arbeiter herabsehen. Man hat auch in Baden von behördlicher Seite der proletarischen Jugendbewegung den Vorwurf gemacht, daß sie nur mit einem vollen Wertschlag, Vermögenswerten kann deshalb gesagt werden, daß sie nichts mehr zu befürchten haben. Wir wissen, daß, trotzdem auch in Karlsruhe die Jugendbewegung schon tüchtig vorwärts geschritten ist, noch viele Widerstände und Hindernisse zu überwinden sind. Aber gerade deshalb sollten alle, Alt und Jung, mit Nachdruck für die Arbeiterjugendbewegung arbeiten. Trotz aller Widerstände werden wir ausrufen können: Und drüht der Winter noch so sehr, es muß doch Frühling werden. — Die vorerwähnte Rede fand begeisterten Beifall.

Die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten.

die in der hiesigen Gewerbeschule vom 13. bis mit 17. April d. J. veranstaltet wird, begegnet seitens des Publikums einem außerordentlich lebhaften Interesse. Das bewies die Menschenmenge, die sich in den Nachmittagsstunden des letzten Sonntags in die Gewerbeschule ergoß. Man hatte Mühe, sich durch die anströmenden Scharen hindurchzuwinden. Der Besuch der Ausstellung ist aber auch ein wirklich lohnender. Gewährt er doch einen Einblick in das Schaffen und Können der heranwachsenden Generation. Und man muß sagen, es ist durchweg Tüchtiges, was die angehenden Handwerker ausgestellt haben. Es befindet sich manches Stück Arbeit darunter, das geradezu, trotzdem es Lehrlingsarbeit ist, meisterhaft genannt werden muß.

Schon das erste Zimmer, das wir betreten, in dem sich die elektrotechnische Abteilung, die Arbeiten der Maschinenbauer, Dreher, Schreiner, Zahnradmacher, Zimmerer und Formhersteller, löst freudige Empfindungen in uns aus über die sauberen, präzisen Arbeiten, die wir hier durchweg zu sehen bekommen. Namentlich von der elektrotechnischen Abteilung sind teilweise Arbeiten ausgestellt, die schon ein tüchtiges Maß von Können erfordern. Das gleiche muß auch von der Schreiner- und Namentlich der Dreherarbeit gesagt werden. In dem Zimmer nebenan haben die Bau- und Kunstschlosser und die Blechler (Heizungstechniker) ihre Arbeiten ausgestellt, die ebenfalls verraten, daß zu ihrer Herstellung viel Fleiß und Ausdauer verwendet wurde. Ein Stückwerk höher begehren wir den Arbeiten der Sattler und Tapezierer, der Kürschner, Schriftsetzer, Buchdrucker und Gärtner. Die Schriftsetzer und Buchdrucker sind sehr zahlreich und viel sehr sauberen Arbeiten vertreten. Auch sehr saubere Stücke weisen die Arbeiter der Sattler und Kürschner auf. Die Abteilung für Maler, Lithographen, Glasmaler, Keramiker weist besonders in letzterem Fach sehr nette Stücke auf. Die Arbeiten der Maler zeigen neben vielen mittelmäßigen auch einige recht beachtenswerte Leistungen. Saubere Arbeiten haben auch die Glasmaler und besonders die Lithographen ausgestellt. In einer weiteren Abteilung sind vertreten die Schuhmacher, Schneider und die Puppenmacherinnen. Diese Abteilung wird namentlich von weiblichen Element sehr stark besucht, sind doch die „modernsten“ Damenhäute in sehr starker Anzahl in ihr vertreten. Und man muß schon sagen, es liegt viel Fleiß und Geschicklichkeit in dieser Arbeit verborgen. Auch die Schuhmacher und Schneider sind mit teilweise sehr exakt gearbeiteten Stücken vertreten.

Die nächste Abteilung, die der Kleidermacherinnen, fast hauptsächlich die weibliche Bevölkerung an. Aber auch für Männer, hauptsächlich für den Teil, der die Arbeit zu schätzen weiß, bietet sie des Interessanten genug. Ist doch manches Stück Arbeit hier ausgestellt, das in bezug auf Stoffgang und Farbenharmonie ihren Erzeugern alle Ehre macht. Namentlich Blusen und prachtvolle Stidereien finden wir hier und auch manches Kostüm, die alle, besonders, wenn man berücksichtigt, das es Lehrlingsarbeit ist, unsere Bewunderung hervorgerufen.

Nicht unerwähnt sollen auch die Arbeiten der Abteilung für Bildhauer und Bildner bleiben.

An Arbeiten, die im Wertfächte unterrichtet der Gewerbeschule hergestellt sind, sind noch ausgestellt und besonders erwähnenswert die der Maurer, die sehr schöne, komplizierte Leistungen aufweisen. Weiter die Bau- und Kunstschlosser, die in zahlreichen Stücken vertreten sind. Besonders fallen noch die Arbeiten der Blechschmiedeschule auf, sowie die der Buchbinder- und die Metalltreibarbeiten, ebenso das Gips- und Körperzeichnen. Weiter ist noch zu erwähnen die Abteilung Holz- und Marmorarbeiten, die neben manchen verbesserungsbedürftigen Arbeiten auch ganz hervorragende Leistungen aufweist, die dem Laien fast als echt erscheinen. — Alles in allem muß gesagt werden, daß die hiesige Gewerbeschule sich rechtliche Mühe gibt, aus der heranwachsenden Jugend tüchtige, leistungsfähige Handwerker heranzubilden. Die ausgestellten Arbeiten beweisen, daß die jungen Arbeiter die Gelegenheiten freudig ergreifen und sich, soweit als möglich Fachkenntnisse und Geschicklichkeit aneignen suchen. Wenn auch in der kapitalistischen Wirtschaft der Arbeiter in der Regel zum Maschinenheil, zum Nädchen im großen Mechanismus des Produktionsprozesses degradiert ist, muß es doch oft, namentlich der ältere Arbeiter, der in vielen Fällen nicht einmal Gelegenheit hatte, eine Gewerbeschule zu besuchen, bitter empfinden, daß seine Fachausbildung geradezu eine mangelhafte ist. Deshalb ist den jugendlichen Arbeitern nur dringend zu empfehlen, die ihnen gebotene Gelegenheit beim Schopf zu nehmen, und die Lehrgeld zu gut als möglich auszunutzen, um sich jenseitige Tüchtigkeit als möglich in ihrem Fach anzueignen. Denn eine tüchtige Arbeiterschaft kann ganz andere Ansprüche machen und wenn es notwendig ist, auch dem Unternehmer besser die Zähne zeigen, als eine un-tüchtige.

Der neue Bahnhof.

Der neue Bahnhof ist im Rohbau fertiggestellt und läßt schon einen ziemlich sichern Schluß auf die praktische Verteilung der einzelnen Räume zu.

Im großen und ganzen ist den Wünschen des Publikums in weitgehendstem Maße Rechnung getragen. Um die wirklich imposante Schalterhalle mit ihrer Hauptpfeiler gruppiert sich in sehr zweckmäßiger Weise die Fahrarten- und Gepäckkammer, die Wartesäle und Wirtschaften 1., 2. und 3. Klasse, die Friseur- und Badezimmer und die Toiletten. Besondere Sorgfalt hat man der Wirtschaft sowie dem Wartesaal 1. und 2. Klasse gewidmet, während besonders der Wartesaal 3. Klasse mit seinen hohen Wänden und etwas spärlicher Lichtzufuhr mehr einem Gefängnis gleicht.

Nicht so „sparsam“ war man bei Bemessung der für die Räume, die sich in einem besonderen Bau des östlichen Flügels vom neuen Bahnhof befinden. Hier stehen zwei Säle zur Verfügung; einer zu ebener Erde — der Wartesaal — und ein Stückwerk höher (in gleicher Höhe mit den Bahnhöfen) der Empfangsalon mit anschließendem besonderen Arbeitszimmer für den Träger der Krone und besonderem Zimmer für das Gefolge. Beide Säle sind durch eine breite Freitreppe mit einander verbunden; außerdem ist noch ein elektrischer Aufzug eingebaut. Letzterer soll 18 000 Mk. gekostet haben. Es ist nicht einzusehen, wozu der Aufzug nötig ist, wo doch nur ein Stückwerk zu überwinden ist.

Zu dieser kuruzurigen Einrichtung stehen ein großer Teil von Räumen, die den Beamten der Betriebsinspektion, Maschineninspektion und Bahnbaupolizei I und II vorbehalten sind, in schonem Gegenatz. Diese Räume befinden sich im Dachstuhl und unterscheiden sich von ganz gewöhnlichen Dachkammern in keiner Weise. In Privathäusern verbietet die Gesundheitspolizei die Errichtung von Wohnräumen in solchen Dachgeschossen und hier zwingt der Staat selbst vierzig bis fünfzig Beamte in dieselben.

Wir empfehlen den zuständigen Stellen aufs angelegentlichste, bei der Eröffnungsbereitstellung ja nicht zu unterlassen, die höchsten und allerhöchsten Herrschaften auch in diese Räume zu führen. Sie werden über die hygienische Fürsorge der Eisenbahnverwaltung für ihr Personal staunen.

Die im zweiten Stock befindlichen Büros für die Vorstände und Kanzleibeamten des Stationsamts sind weit geräumiger. Hier befindet sich auch noch das Telegraphen- und Telephonbureau, das Fundureau und die Stationskasse, die nichts zu wünschen übrig lassen. Am westlichen Flügel liegt ein besonderer Wartesaal für die Reisenden der Wagabahn. Ein besonderer Fahrkartenschalter ist jedoch hier nicht vorhanden. Ein Grund, hier einen Wartesaal zu errichten, ist nicht erforderlich, besonders da die Reisenden sativelo durch den Haupt-

eingang müssen, um die Fahrarten zu erhalten. Für die Abfertigung des Expressguts ist ein besonderer Anbau im westlichen Flügel Ende des Hauptbahnhofs bestimmt. Derselbe ist zwar geräumig, aber schlecht belichtet.

Durch eine Steinumfassung an der linken Seite der Expressguthalle ist bereits angezeigt, welche Größe der Schalterraum annehmen wird. Hier kann nur gewartet werden, die Schalterräume in dieser beabsichtigten Weise auszuführen. Eine derartig kleine Form zu wählen, zeigt von einer, durch feinerlei Sachkenntnis getriebenen Anschauung und von keinem Weitblick für die Entwicklung des Verkehrs. Sie genügen übrigens selbst den derzeitigen Anforderungen nicht, ganz davon abgesehen, daß der Raum in hygienischer Hinsicht auch nicht den allerbestehenden Forderungen genügt, da weder frische Luft noch Tageslicht die in ihm arbeitenden Beamten erreicht.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Kolosseum. Seit „Johs lustige Bühne“ ihren Einzug gehalten, herrscht hier der Humor, und Hermann Job und seine Getreuen schwingen das Szepter ihrer lustigen Kunst in unbeschränkter Herrschaft. Seltener dürfte hier so andauernd und so herzlich gelacht worden sein, als in den bisherigen Vorstellungen der sibirischen rheinischen Gäste. — Heute, Mittwoch, findet die Premiere des 3. großen Nachschlagers, des dreifachen Schwanen „Mein Bruder das 'n Luder“ statt. Das Stück zählt zu den besten aus dem Repertoire der vorzüglichen Künstler. Eine Fülle der komischen Szenen, umrahmt von humoristischen Zwischenfällen unglücklichster Art, die beständig fränkische Heiterkeitsausbrüche hervorgerufen, reißt sich in ununterbrochenem Reigen aneinander, so daß auch diesmal von der ersten bis zur letzten Szene ohne Pause gelacht werden wird.

Die Lichtspiele Centraltheater Nr. 9 und Nr. 11 leisten auf dem Gebiete der Aktualitäten wirklich Hervorragendes. Bereits am Samstag, den 12. ds. Mts., waren die Vorstellungen des V. 3. 4 in Lunéville zu sehen. Die gewählten dramatischen Programmnummern sind bemerkenswert. Ab heute kommt das deutsche Filmmittel „Des Faktors Tochterlein“, ein Mädchen-schicksal, in welchem die beliebte Filmdarstellerin Henny Porten die Titelrolle inne hat, sowie die amerikanische Sensation „Das Gute siegt“ zur Aufführung. Auch der Humor kommt in jedem Programm voll zur Geltung. Die musikalische Illustration ist den Darstellungen ausgezeichnet angepaßt. (Siehe Inserat.)

Fußball. Heute, Mittwoch, abends 7/8 Uhr, findet auf dem Platz des Fußballklubs Mühlburg, an der Kornelstraße, seitens des Ausschusses der Rasensportvereine von Karlsruhe und Umgebung, Abteilung Fußball, ein Trainingsspiel der Karlsruher Repräsen-tativ-Mannschaft zum Spiel gegen die Stadtmannschaft Münchens um den Meißner Pokal statt.

Ihren Balkan-Konflikt.

Waffenstillstand.

Konstantinopel, 15. April. Zwischen den Kriegführenden ist ein zehntägiger Waffenstillstand von gestern mittag ab geschlossen worden.

Ein bulgarischer Separatfriede?

Wien, 15. April. Von informierter bulgarischer Seite wird mitgeteilt, daß Bulgarien bereit sei, einen Separatfrieden mit der Türkei abzuschließen und dabei auf den Bündnisvertrag weiter keine Rücksicht zu nehmen, weil auch Serbien bei der Gebietsverteilung sich an den Vertrag nicht halten wolle. Die Absicht, die Tschatal-dschalinie zu forcieren, wird bestimmt in Abrede gestellt. Es wird sogar der Vermutung Ausdruck gegeben, daß Serbien und Griechenland den Friedensschluß nur deshalb verzögern, weil sie die bulgarischen Truppen an der Tschatal-dschalinie festhalten wollen, während sie ihre Armeen am Ardar konzentrieren.

Die internationale Blockade.

Wien, 15. April. Wie aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, wird von den Mächten die Ausdehnung der internationalen Blockade bis Durazzo erwogen, weil sich herausstellte, daß die Verjorgung Montenegros mit Lebensmitteln über Durazzo erfolgt.

Letzte Nachrichten.

Eine deutsche Schande.

Braunschweig, 15. April. In einer für gestern abend von der Sozialdemokratie einberufenen Protestversammlung gegen die Militärvorlage sollte der französische Deputierte Combers-Morel sprechen, dem vor einigen Tagen das Auftreten in einer maßgebendsten sozialdemokratischen Versammlung polizeilich unterjagt worden war. Das hiesige Polizeipräsidium hat dem Abgeordneten, der „Braunschweigischen Landeszeitung“ zufolge, nach seiner Ankunft auf dem hiesigen Bahnhof sofort einen Ausweisungsbefehl zustellen lassen. Combers-Morel mußte mit dem nächsten Zuge Braunschweig verlassen.

Der Generalstreik in Belgien.

Brüssel, 15. April. Nach der Darstellung des Zentral-Organs der sozialdemokratischen Partei haben die Ausständigen schon am ersten Tage des Generalstreiks einen Erfolg errungen. Gestern seien 370 000 Arbeiter in den Ausstand getreten und heute würde sich die Zahl der Ausständigen auf eine halbe Million erhöhen. Der Schaden, der dem belgischen Lande durch den Streik erwächst, wenn er in dem jetzigen Umfange nur acht Tage aufrechterhalten wird, wird annähernd auf eine halbe Milliarde geschätzt. So viel beträgt beinahe der Wert der nicht geförderten Kohlen. Der belgische Staat soll nämlich aus Deutschland, Frankreich und England Kohlen gekauft haben, die für den Eisenbahnbetrieb notwendig sind und die er fast um das Doppelte des üblichen Preises bezahlen mußte. Die Lebensmittel werden ebenfalls knapp.

Wasserstand des Rheins.

16. April.

Schusterinsel 1.50 m, Gef. 5 cm, Reßl 2.44 m, Gef. 7 cm Maxau 3.94 m, Gef. 5 cm, Mannheim 3.22 m, Gef. 6 cm.

Briefkasten der Redaktion.

Weingarten. Wir hatten schon einen Bericht von sachmännischer Seite, den wir nur wegen des großen Stoffandrangs zurückstellen mußten. Gruß!

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

A. 106. Kommen Sie in unsere Sprechstunde. Sie werden dort die gewünschte Auskunft erhalten.

A. 5. hier. Als Kinder im Sinne des Gesetzes betr. die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben gelten Knaben und Mädchen unter 13 Jahren, sowie solche Knaben und Mädchen über 13 Jahre, welche noch zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

... Ich habe mich
 hochgenussvoll über das
 gütige Gelingen, wenn die Zeit
 kommt, wo Dintens nicht mehr
 unbeschäftigt bleibt freuen wollen."

Über 84,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich hierdurch zu einer öffentlichen Versammlung auf
Donnerstag, den 17. April d. Js., nachmittags 3 1/4 Uhr
 in den großen Rathssaal, ergebenst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Beratung des Gemeindevoranschlags für 1913 (Vorlage Nr. 27).
 2. Aufwand für die außerordentlichen Unternehmungen 1913 (Vorlage Nr. 28).
- Vor der Sitzung — von 8—9 1/2 Uhr — finden die Erziehung eines Mitgliedes des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten für den zum Stadtrat berufenen Stadtverordneten, Herrn Oberrechnungsrat Heinrich Gangel, und die Erneuerungswahl von 5 Mitgliedern des Verwaltungsrats des Wasserwerks statt.

Karlsruhe, den 5. April 1913.

Der Oberbürgermeister:

Siegrist.

Bekanntmachung.

Die Ergänzung des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten betr.

Herr Stadtverordneter Oberrechnungsrat Heinrich Gangel, Mitglied des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten, ist infolge Ablebens des Herrn Stadtrats Voelck als nächster der gleichen Wahlvorschlagsliste angehörender Bewerber der national-liberalen Partei gemäß § 25 Absatz 3 der Städteordnung und § 47 Absatz 1 der Städtewahlordnung an die Stelle des letzteren als Stadtrat getreten.

Herr Stadtverordneter Albert Wilt hat unterm 5. ds. Mts. sein Amt als Stadtverordneter und damit das Amt eines Mitgliedes des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten niedergelegt. Es ist daher die Erziehung zweier Mitglieder des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten erforderlich.

Ich beehre mich, die Herren Stadtverordneten zur Vornahme dieser Erziehung auf **Donnerstag, den 17. April ds. Js., nachmittags 3 Uhr**, in den großen Rathssaal ergebenst einzuladen. Die Wahlhandlung dauert von 8—9 1/2 Uhr.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur Stadtverordnete. Die Wahl geschieht mittelst geheimer Stimmgebung, wobei die relative Mehrheit der Stimmen entscheidet. Das Amt der Gewählten dauert bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl der Stadtverordneten.

Karlsruhe, den 8. April 1913.

Der Obmann

des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten:
 E. Frey.

Zahnpraxis.

Zeige hiermit ergebenst an, dass ich mich hier
Kaiserstr. 78 (Marktplatz)
 2 Treppen, im Hause des Herrn Hofjuweliers
 Paar, als Dentistin etabliert habe.

Clara Homburger
 Dentistin.

Restaurant „Goldener Adler“

Spezialauschank der Brauerei Kammerer.

Jeden Donnerstag

Schlacht-Tag.

Hochachtend: Ernst Müller.

Arbeiter-Gesang-Verein (50 Sängler) sucht einen
 tüchtigen

Dirigenten.

Offerten unter Nr. 399 an die Expedition des
 „Volksfreund“ erbeten.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schutzmarke Schwan)

ist billig, bequem, sparsam,

schont die Wäsche

Rohrmeisterstelle.

Bei der Gemeinde Grödingen ist die Stelle eines Rohrmeisters durch einen tüchtigen Installateur, welcher im Verlegen von Gas- und Wasserleitungen sowie Erdleitungen und inneren Anlagen durchaus erfahren sein muß, zu besetzen. 240
 Geeignete Bewerber wollen ihre Biografie mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sowie Gehaltsansprüchen bis längstens **den 25. d. M.** bei uns einreichen.

Grödingen den 7. April 1913.
 Ortsbauamt.

Colosseum

Waldstr. 18/19. Tel. 1939.

Job's lustige
 Bühne
 Heute Mittwoch
Premiere
 des tollsten aller Schwänke.

**Mein Bruder
 das 'n Luder**

! Zwerchfellerschütternde
 Komik! 402
 Lachen über Lachen!

Arbeiter-Uhren

Ankerwerk m. einjähr. Gar.
 Mk. 4.60, 4.80 u. 5.20
 empfiehlt, so lange Vorrat
 reicht 6107
 H. Meissburger, Uhrmacher
 Durlach, Hauptstr. 38.

Frisch eingemachtes
Filder-Delikatess-Sauerkraut

sowie

la. Dürffleisch

ist wieder in allen Filialen erhältlich.

Gehr. Hensel

Hoflieferanten.

362

Bucherer's großer Abschlag in Hülsenfrüchten

- Perlbohnen weiß 18
- Wachtelbohnen farbig 20
- Erbisen gespalten, gelbe 18
- " " gelbe 16
- " grüne, ganz und gespalten 25
- Linsen sauber und groß 19 und 22

Echt Filder-Sauerkraut
 Pfund 6 1/2 5 Pfund 25

Dürffleisch Pfund Mk. 1.15

Bucherer in sämtlichen Filialen.

408

Wirtschafts-Eröffnung und Empfehlung.

Einem verehrlichen Publikum sowie meinen Freunden und Bekannten mache ich hierdurch die Mitteilung, dass ich unterm Heutigen die

Wirtschaft Zur Germania

Belfortstrasse 13

übernommen habe.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werten Gäste durch aufmerksame Bedienung, Verabreichung bester kalter und warmer Speisen stets zufrieden zu stellen und bemerke ich gleichzeitig, dass ich jede Woche ein bestbestelltes **Schlachtfest** veranstalte.

Ausschank von ff. Moninger Bier.

Die Benützung meiner vorzüglich eingerichteten Kegelbahn halte ich Freunden des Kegelspiels angelegentlichst empfohlen.

Um geneigten Zuspruch bittend

hochachtungsvoll

414

Stephan Hurrle,

früher zum „Weissen Kuckuck“, Beiertheim.

Quieta!

Nährsalzreicher
 Kaffee-Ersatz
 — Paket 70 Pfg. —
Krafttrunk
 (Nährsalzgemischtes)
 Dosen Mk. 1.—
 und Mk. 2.—
 Das tägliche Getränk
 vieler Tausende!
 Es gibt nichts Besseres!
 Verlangen Sie nur:
 Marke Quieta in
 Drogen- und Kolonialwarengeschäften
 Wo nicht erhältlich,
 schreiben Sie an:



Quieta-Werke, Bad Dürkheim.

Fahrrad-

Reparaturwerkstätte
Carl Steinbach
 Erbprinzenstr. 36, a. der Hauptstr.



Reparaturen, sowie Einsetzen von Freilauf-Naben in allen Systemen werden pünktlich ausgeführt.
 Emaillierung u. Vernickelung des Instandsetzens der Räder jetzt beste Gelegenheit.
 Ersatz- u. Zubehörteile billigst
 Allein-Vertreter:
Stoewer-Greit- und Dürkopp-Fahrräder

Mannheimer Malmarkt-Lotterie

Ziehung 7. Mai 1913.
 Wf. 50 000 Bar.
 Haupttreffer Mk. 6000, 3500, 15 à 1000 u. j. w. mit fl. 25-jähr. Bargeb. zahlbar. 357
 Lose à Mk. 1.—, 11 St. 10.— bei

Carl Götz

Gebelstraße 11/15, Karlsruhe.
Schnurrbart!
 „Margonal“ unterstützt den Haar- u. Bartwuchs mit wunderbarem Erfolg, ist ein unerreichtes Haar- und Bartwuchsmittel.
 Krug Stärke 1 Mark 2.—, 11 Mk. 3.—, extra stark Mk. 4.—, Porto 20 Pfg., Nachnahmeporto extra. 5540

K. Kaltenbach, Strahburg i. El., Regaaffe.

Trauringe in allen Preislagen



Gravieren gratis. 5764

Fritz Steidle, Rastatt
 Kaisersstrasse 32.

Zugelassen ist am Montag ein Forttier (männl.), weiß mit braunen Abzeichen. Abzuholen **Gerwigstraße 20, d. Stod.**

Kartoffeln

empfehlen in nur bester Qualität

per Zentner

2.80

frei Keller.

Bucherer

Jägeringstr. 42/44.

Telefon 392.

246

Kopfläuse

mit Brut, vernichtet radikal **Rademachers Goldgelb**, Patentgeschützt Nr. 75188. Geruchslos, farblos, beseitigt d. Kopfhaut v. Schuppen, befördert d. Haarwuchs verhärt. Zuweg v. Parasit. Wichtig f. Schulkinder. Täus. v. Anerkennungen. Fl. à Mk. — u. 30 in den Drogerien und Apotheken.

Zu haben: Wilh. Baum, Werderpl. 27, G. Ellinger, Sofienstr. 128, Otto Fischer, Karstr. 74, Max Hofheinz, Luisenstr. 8, Georg Jakob, Ludw. Wilhelmstr., Rad. W. Lang, Kaiserstr. 69, J. Lösch, Herrenstr. 35, Hans Reichard, Werderpl. 44, H. Sartor, L'ouglasstr. 8, Max Strauss, Hardtstr. 21, Wilh. Tscherning, Amalienstr. 19, Th. Walz, Kurvenstr. 17. 69

Stelle-Gesuch.

Aus der Schule entlassener intelligenter 14-jähriger Junge wünscht Lehrstelle auf irgend einem Bureau. Gefl. Off. unter **Gbf. 100** an die Exp. ds. Bl.

Dobermannspinscher braun Rinde, sehr wachsam, mit Stammbaum, billig zu verkaufen. Zu erfr. **Durlacherstr. 55, 2.**

Von heute Mittwoch ab:

Billiger Kleider-Stoff-Verkauf

Sämtliche Saison-Neuheiten in Kostümstoffen, Kleiderstoffen, Blusenstoffen, Seidenstoffen, Waschstoffen Herren- u. Knabenanzugstoffen sowie grosse Posten einfarbige Kleiderstoffe kommen in unerreichter Auswahl **ausserordentlich preiswert** zum Verkauf. 407

W. Boländer

Kaiserstrasse 121.

Die Lützowerin

Wiederholungen:
Donnerstag, 17. April, 8 Uhr
Sonntag, 20. April, 3 Uhr. 413
 Plätze: Donnerstag 3, 2, 1 Mk., Sonntag 1 1/2, 1, 1/2 Mk.



Vom 16. bis 18. April.
Riesen-Programm mit 16 Nummern!
Marie, die Tochter des Goldsuchers
 Wild-West-Drama.
Vergeben. Drama in 2 Akten.
 In den Krallen des Löwen. Drama, nebst weiteren 13 Schlägern. 411

Spielvereinigung
Fürth
 Ostkreismeister
 gegen
K.F.V.
 Sonntag, d. 20. April, 3 1/2 Uhr.
 Sportplatz verl. Molkestr. 412

Verloren wurde Sonntag nacht auf dem Wege Bismarckstrasse, Kaiserallee bis zur Umlandstrasse eine Zulla-Herren-Uhr mit silb. Sportkette. Der eheleiche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung Dorfstr. 25, 5. Etod rechts abzugeben. 401

Wir suchen zur Unterstützung und Vertretung unserer
Oberwäscherin
 eine kräftige jüngere Frau, die sich für die Bedienung der Waschmaschinen eignet. 369
 Karlsruhe, den 11. April 1913. Städt. Krankenhaus.

Nur drei Tage! Mittwoch, den 16., Donnerstag, den 17. und Freitag, den 18. April:

Henny Porten.
 Die beliebteste deutsche Filmdarstellerin in der Titelrolle von
Des Pastors Töchterlein.
 Ein Mädchenschicksal. Drama in 2 Akten.
 Die beste Novität dieses Monats und

Licht-Spiele
 9 Herrenstrasse 11
 Grösstes u. elegant. Kino-Theater der Residenz. — Eigens zu diesem Zwecke erstellter Prachtbau. Nur die neuesten u. gewählten Filmwerke gelang. z. Vorführung. Hervorragend musik. Illustration.

Nur drei Tage! Mittwoch, den 16., Donnerstag, den 17. und Freitag, den 18. April:
 Die neueste amerikanische Sensation
Das Gute siegt
 Dargestellt von den besten internationalen Schauspielerinnen und Schauspielern. Prachtv. Szenerien, spannend packende Handlung.
 Der beste Schläger dieses Monats und

noch **6** glänzende Attraktionen und **Aktualitäten** **6**

Sie bilden sich ein neue Wäsche zu sehen, wenn Sie sie mit Persil gewaschen haben, so blendend weiss, frisch und duftig ist sie danach geworden. Einfachste Anwendung, billig im Gebrauch und absolut unschädlich

unter Garantie!
 Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.



Persil
 das selbsttätige **Waschmittel**
 Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**

Ausverkauf
Adlerstrasse 18 a.

Herren-Anzüge	36.00 30.00 25.00 19.00 15.00	11 00
Burschen-Anzüge	24.00 20.00 17.00 11.00 8.50	6 75
Herren-Hosen	12.00 9.50 7.00 5.00 3.00	2 00
Knaben-Hosen	1.50 1.20 1.00	75

Adlerstr. 18 a. 415

Gaggenau.
 Bitte versuchen Sie es mit unseren :::

Schuhwaren
 zum Einheitspreise von 5762
 Marke Einhorn . . . 6 75
 Marke Wolfo . . . 8 50
 Marke Wolfo Extra 10 50

Karl Schmitt Wtm.,
 neben Pfannkuch & Co.

Karl Hummel
 Stahlwarenhandlung
 Rasiermesserschleifen
 Karlsruhe i. B. Worderstr. 13.

Die weltberühmten Fabrikate der Firma
B. Kissner, Scherenfabrik, Gross-Umstadt (Hessen)
 sind stets in grosser Auswahl am Lager und erfolgt der Verkauf zu Fabrikpreisen. 170

Jeden Mittwoch
Schlachttag
 Samstags von 6 Uhr abends frisch gek. Schweinschüchle.
August Anti, 409
 Zum Schildbürger.
 Sehr billig: Gutes Defett, wie neu, schön pol. Kleiderdraht 25 Mk., rotes, glanz. eleg. Vertigo Stühle, Klappstuhl, wagg. Chiffon, eleg. neuer K. Tischdecken. Rintheimerstr. 20, part. links. 416

Schillerstrasse 22
 Ecke Goethestr.
 Von Mittwoch, den 16. bis inkl. Freitag, den 18. April.

Der Doppelgänger.
 Sensations-Drama aus den oberen Zehntausend. Fesselnde Episoden aus d. Leben des Multimilliardärs **Lincoln** dürfte die Geschichte seiner Ehe ein fesselndes Kapitel ausmachen.
 Die Handlung spielt zum Teil in einer Hafenstadt, teils in einer Villa am Como-See in Italien.

Der schwarze Pierrot.
 Drama in 2 Akten.
 Dieser Film ist keine gewöhnliche Karnevals-Tragödie, es ist der Kampf eines erbitterten Volkes wider ihre Feinde und Unterdrücker. 418

Die Trutskönige und ihre Helfers-Helfer.
 Ein Schlachtgemälde aus einem mod. Trutskriege.
 Ausserdem noch **6** hervorragende Novitäten.

Zwei Betten
 Zwei polierte engl. Bettstellen 2 Mäße, 2 dreiteilige Matrassen mit grauem Drell, 2 Polster werden für den billigen Preis von 140 Mk. abgegeben. 6339
Waldftrasse 22, Möbelhaus.

Ofen, Grude-Ofen, Herde Gasherde, Küchen- und Haushaltungs-Artikel
 kauft man immer noch am besten und billigsten bei
Ernst Marx,
 Luitpoldstrasse 45.

Wilh. Eckert,
 Uhrmacher, Marienstr. 20,
 neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in **Taschen- u. Wanduhren.** Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 3 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. M. 12-27. Wristen u. Zwicker.

Möbl. Zimmer zu vermieten.
 417 Angartenstr. 30, 2. Et., I. Kinderwagen, beinahe neu, Klappstuhl, gebt. billig abzugeben. Marienstrasse 19, 1. Etod.

Herrenkleiderstoff-Reste
 sowie **Loden- und Costüm-Reste**
 sind enorm billig abzugeben.
Kaiserstr. 133, 1. Et. hoch
 Ede Kaiser- und Kreuzstrasse Eingang bei der kleinen Kirche.

Zu kaufen gesucht:
 Getragene Kleider, Schuhe, Wäsche, Pfandschreine, Gold, Silber, alte Gefässe. 71
Frau Pflüger
 Steinstrasse 16, Stb. 1. Et.

Zimmer, leeres, möglichst in der Südstadt, wird von jungem, anständ. Mädchen sofort gesucht. Näheres bei Jänike, Luitpoldstr. 57, 3. Et. I.

2 Bettladen mit Holz sowie Gasherb, Petroleumlampen wegen Umzug zu verkaufen. 410 Kaiser-Allee 52, 1. Et.

Kinderliegwagen u. Fahrrad karl, billig zu verkaufen. Angartenstr. 30, 2. Et., links.

Reißbrett und Reisszeug ist billig zu verkaufen. **Viktoriastr. 13, 3. Et.** 400

N ein gut möbl. Zimmer sofort oder später zu vermieten. Anguststr. u. 12-1 u. von 6 Uhr ab.